

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

MITTEILUNGSBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FORDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

2. Jahrgang — Heft 5 Preis 10 Pfg.

Juni 1952

Verlagsort Frankfurt a. M.

Studenten an falschem Platz

Sechzig Prozent der Studenten an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt müssen ihr Studiengeld zu einem Teil oder gänzlich durch einen Nebenerwerb verdienen. An anderen Hochschulen dürfte die Zahl kaum niedriger sein. Es ist nicht damit zu rechnen, daß sie in den nächsten Jahren wesentlich absinken wird.

Der Nebenerwerb hat kaum je eine Beziehung zu dem Studiumfach. Aber oft verbraucht er alle Kräfte, und es reicht nicht mehr zu der Aufmerksamkeit, die Kolleg, Seminar und das Nacharbeiten in der Bibliothek oder auf der Bude erfordern würden. Daß solche Verhältnisse ein grober Unfug sind, daß sie einen sinnlosen Kräfteverschleiß dort bedeuten, wo diese Kräfte zu den höchsten qualifizierten Leistungen ausgebildet werden sollten, hat man längst gewußt. Aber einen vernünftigen Ausweg aus dieser Misere zu suchen, darauf sind bei uns erst die amerikanischen Besatzungsbehörden gekommen. Sie haben vor einigen Jahren das „Studentenarbeitsprogramm“ aufgestellt mit dem Ziel, hilfsbedürftigen Studenten günstige Verdienstmöglichkeiten, und deutschen Stellen und Behörden Mitarbeiter für besondere Aufgaben zu vermitteln. Es läßt sich darüber streiten, welches der beiden Ziele wichtiger ist. Aber wir meinen, daß das zuerst genannte das glückliche Ergebnis sein könnte von einem Hauptziel, das die Studenten mit ihrer künftigen Praxis beizeiten in sinnvolle Verbindung brächte.

Das Programm gründete sich auf die praktischen Erfahrungen, welche die Amerikaner in ihrem eigenen Lande gesammelt hatten. Aber es sollte den deutschen Bedingungen angepaßt werden. Das Problem war in den USA zweifellos einfacher zu lösen, weil dort hohe Löhne in fast allen Erwerbsgebieten den Studenten die Auswahl einer geeigneten Betätigung verhältnismäßig leicht machen und ihnen in den meisten Fällen ersparen, auch während der Studienmonate einem Nebenerwerb nachzugehen.

In Deutschland ist diese Lösung nicht möglich. Der deutsche Plan beschäftigt die Studenten für die Dauer eines halben Jahres. Während des Semesters brauchen sie nur eine begrenzte Anzahl von Stunden zur Verfügung zu stehen, in den Ferien werden sie den ganzen Tag beschäftigt. Die Stundenarbeit während des Semesters sollen sie sich die Arbeitszeit nach den Erfordernissen ihres Vorlesungsplans einrichten können. Die wichtigsten Arbeitsgebiete sind die Jugendpflege und die Erwachsenenbildung, sei es, daß sie als Führer oder Lehrer, sei es, daß sie in der Vorbereitung und der Organisation tätig sind; sie werden bei statistischen Erhebungen beschäftigt, als Filmvorführer in abgelegenen Ortschaften und mit einer Reihe ähnlicher Aufgaben.

Die Zahl derer, die auf diese Weise gefördert werden, ist nicht sehr groß: 139 Studierende von sämtlichen Hochschulen Hessens etwa. Im ersten Programmjahr, 1950, wurden in Hessen 65 000 DM als Entgelt für die Arbeit von 101 Studenten gezahlt; 1951 waren 334 beschäftigt, und die dafür ausgeworfene Summe belief sich auf 153 000 DM; für das laufende Programm stehen, bis zum 30. Juni, 105 000 DM zur Verfügung. Das amerikanische Landeskommissariat, das diese Gelder zur Verfügung stellte, bestimmte zugleich die Arbeitsgebiete. Die Studenten waren verpflichtet, jeden Monat über ihre Erfahrungen zu berichten und Vorschläge für eine sinnvolle Vervollständigung der Arbeitspläne zu machen. Die deutschen Stellen konnten bestimmte Arbeitsgebiete vorschlagen, für die sich die Arbeit von Studenten als nützlich erwies. Die Studenten selbst wurden von den Organisationen ihrer Selbstverwaltung ausgewählt.

Soweit der „Plan“. Aber wie war seine Praxis? Sagen wir es rund heraus: sie ist, im großen und ganzen, eine Blamage für uns gewesen, ein Beweis für die übermächtige Gewalt des Behördensystems, das die Phantasie nicht hat, für frische Kräfte neue Aufgaben zu finden. Oft saß da ein Student in einem Büro und war mit der „Fachaufgabe“ betraut, alte Akten zu sortieren. Andere haben darauf warten müssen, bis sich ein Kompetenzkonflikt über ihre Verwendung lösen würde, und so haben sie ihre Stunden müßig abgesehen. Besser hatten es die in Vereinen der Jugend oder der Fürsorge Angestellten oder mit selbständigen Untersuchungen Betraute, für die das unmittelbare Einwirken bei Notständen, eigene Organisations-tätigkeit und Arbeiten, die selbst schon eine Art von Forschung und Lehre darstellten, ein Stück wirklicher praktischer Erfahrung gewesen ist.

Ließ sich das nicht besser machen? Hören Akademiker erst dann auf, Lückenbüßer und Supernumerar zu spielen, wenn sie ein Diplom vorweisen können und ihre Arbeitskraft voll ausgenutzt werden muß? Woran liegt das bei uns? Es wäre ungerecht und brächte keine Lösung, wollte man allein das Behördensystem dafür schuldig erklären. Das Übel sitzt tiefer, auch wenn es moderner ist als die Behörden. Es verrät sich schon an dem Titel, den die zuständige Instanz führt: Landeskomitee für den Studenteneinsatz. Das Wort „Einsatz“ kennen wir. Es stammt aus der Gesinnung, die das Menschenmaterial bereit hielt, um es ungefragt einzusetzen, genauer gesagt, hineinzuworfen oder hineinzustopfen, in Stoßbrigaden, Arbeitsdienste, freiwillige Zwangsorganisationen ohne andern Sinn als den, daß die unkontrolliert Herumlaufenden von eigenen Gedanken oder gar Taten abgebracht würden. Daß das Menschenmaterial sich auch selbst organisieren könnte zu Zwecken, die nicht dem Einsatz, sondern ihm selbst zunutze wären, das hat bei uns wenig Tradition. Und auch wenn wir den heutigen Landeskomitees besseren Willen zubilligen möchten und den Gebrauch des elenden Wortes der Phantasiearmut, so hilft das allein noch nicht aus der Schwierigkeit heraus. Die Welt um uns starrt von Aufgaben und Notständen, die angepackt werden müßten, aber sie sind umwehrt von der Kompetenz über den Einsatz.

Das amerikanische Haushaltsjahr läuft am 30. Juni ab. Nach diesem Zeitpunkt wird das Studentenarbeitsprogramm von den Bundesländern finanziert werden müssen. In Kiel, Mainz und Göttingen sind die Arbeitspläne bereits aus Mitteln des Bundesjugendplans und mit Landesmitteln finanziert worden. Auch in Hessen will man versuchen, die Projekte mit Bundes- und Landesmitteln weiterzuführen. Das heißt, daß nun das Programm in seine kritische Phase

Der Dank für den Widerstand

Wenn heute viele Menschen die Sowjetzone verlassen müssen, weil sie politischer Verfolgung durch das dort herrschende System ausgesetzt waren, glauben wohl die meisten von ihnen, daß man Verständnis für ihre Fluchtgründe hat. Auch die in der Sowjetzone einmal einer kommunistischen Organisation angehörten, haben zur freien Welt so viel Vertrauen, daß sie hier ein Leben ohne Angst und ohne Verfolgung erwarten. Sind sie dann durch eines der Bundesdurchgangslager als politische Flüchtlinge anerkannt, erhalten sie einen neuen Wohnsitz im Bundesgebiet zugewiesen. Sie können wieder wie freie Bürger in einem freien Staatswesen arbeiten und leben.

Was wir nun erzählen wollen, bleibt es Ausnahme, oder zeigt es eine Veränderung an?

1. Die Wahl eines Studenten zum Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen in die studentische Selbstverwaltung einer westdeutschen Universität, wurde von seinen Kommilitonen mit der Begründung abgelehnt, daß er einmal Mitglied der FDJ und Funktionär dieser kommunistischen Organisation gewesen sei. Von den dafür zuständigen Stellen der Bundesregierung war er als politischer Flüchtling anerkannt.

Kommilitonen wollen also einen Studenten ihrer Universität dadurch diffamieren, daß sie ihm seine ehemalige Mitarbeit in einer kommunistischen Jugendorganisation zum Vorwurf machten. Erinnern sie sich nicht mehr, was sie dachten, als man ihnen immer wieder ihre Mitgliedschaft in der HJ oder dem BdM zum Vorwurf machte? Es ist anzunehmen, daß dieser Fall noch oft in der deutschen Studentenschaft diskutiert werden wird.

2. Fünf Studenten der Universität Frankfurt verdienten sich einige Monate lang ihren Lebensunterhalt und das Studium durch eine Nebenarbeit als Boten bei der „Neuen Zeitung“. Sie stammen aus der Sowjetzone, sie hatten dort im illegalen Widerstand gearbeitet und wurden deshalb auch von den dafür zuständigen Stellen in West-Berlin und der Bundesrepublik als politische Flüchtlinge anerkannt. HICOG (die „NZ“ untersteht HICOG) entließ sie, weil nach Monaten endlich einem findigen Kopf ein amerikanisches Gesetz einfiel, das die Beschäftigung ehemaliger Angehöriger kommunistischer Organisationen untersagt. Die Studenten erfahren aus ihrem Kündigungsschreiben, „daß diese Maßnahme nicht auf Grund“ ihrer „Arbeits-

Aus dem Inhalt:

Kartelle kosten unser Geld	S. 2
Was geschieht nach dem Tage X?	S. 3
„Jud Süß“ im Libanon	S. 3
Public relations	S. 4
Das Unbehagen an der Weltgeschichte	S. 6
Displaced pictures	S. 7
Der überempfindliche Studiosus	S. 8
Deutsche Hochschulmeisterschaften	S. 11
Bildbericht „Alles für Dich“	S. 12

tritt. Je nach dem Grad, in dem es als Wohlfahrtseinrichtung angesehen wird, fällt es allmählich den dringenden Notwendigkeiten einer Einsparung zum Opfer; je nach dem Grad, in dem seine Arbeit sich als wirklich nützlich und notwendig beweist, wird man es erhalten wollen. Aber falsch wäre es, wenn die Studenten auf die Phantasie der Behörden allein warten wollten und nichts anderes zu tun wüßten, als sich eröffnende Stellengelegenheiten wahrzunehmen. Es ist eine Probe auf die eigene Findigkeit, die hier zu bestehen ist. Nur wenn sie Aufgaben auftritt, die die der Ämter ergänzen können, und wenn sie den Nutzen solcher Arbeiten zu beweisen im Stande ist, wird sie auch das Geld wirklich verdienen, das aus den deutschen Finanzen aufzubringen ist.

Udo Kollatz

leistung bei dem Büro des amerikanischen Hohen Kommissars für Deutschland vorgenommen wurde“, sondern weil sie „nicht imstande sind, die Anstellungsbedingungen zu erfüllen“, die ein „zufriedenstellendes Ergebnis der personellen Überprüfung“ zur Bedingung machen.

Es soll den amerikanischen Dienststellen nicht das Recht abgesprochen werden, selbst über Einstellung oder Entlassung ihrer Angestellten zu entscheiden, aber daß die Entlassung der Kommilitonen erfolgte, obwohl die personelle Überprüfung eigentlich eine weit bessere Zensur als zufriedenstellend verdient hätte, das gibt zu denken. Was werden die Menschen in der Sowjetzone zu dieser Entscheidung einer amerikanischen Dienststelle sagen, die Widerstand leisten und gleichzeitig Mitglied einer kommunistischen Organisation — sein müssen? Geben ihnen die beiden angeführten Fälle nicht vielleicht Anlaß zu Resignation und zu dem Gefühl, auch vom Westen im Stich gelassen zu sein? Sie werden bereits jetzt, wo sie noch täglich ihr Leben und ihre Freiheit aufs Spiel setzen, vom Westen als „politisch Unzuverlässige“ gestempelt, obwohl eine illegale Tätigkeit hinter dem Eisernen Vorhang ohne die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation kaum noch möglich ist. Hat die Angst auch in der freien Welt schon so weit um sich gegriffen, daß man zu Mitteln greift, die bisher totalitären Regierungen vorbehalten schienen? Wir dürfen hoffen, daß man aus dem Fiasko der „Entnazifizierung“ endlich die Lehre zieht. Mit Propaganda ist den Menschen in und aus dem sowjetischen Machtbereich nicht geholfen. Wenn jetzt im amerikanischen Senat Stimmen laut wurden, man solle die Menschen von jenseits des Eisernen Vorhanges zur Flucht nach dem Westen ermutigen, dann darf das nicht auf den Verzicht auf eine Hilfe für diejenigen hinauslaufen, die weiterhin dort wohnen bleiben oder einmal einer kommunistischen Organisation angehörten. Wir dürfen niemals vergessen, daß von unserer Einstellung zu den politischen Flüchtlingen aus dem sowjetischen Machtbereich ein Teil der Glaubwürdigkeit unserer Ideale von Freiheit und Gerechtigkeit abhängt. Wir werden ungläubig, wenn wir einen Kemritz nicht seiner Strafe zuführen können und wenn denjenigen nicht geholfen wird, die sich für die Verteidigung der Freiheit aktiv eingesetzt haben.

Edvard Sasse

Untermainka!

104 Bibliothek

Stadt u. Universitäts-

C

Kartelle kosten unser Geld

Welche Bedeutung hat der „Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ — so lautet der offizielle Titel des sogenannten Kartellgesetzentwurfs — über den die Öffentlichkeit unterrichtet wird, als handele es sich um ein beliebiges Gesetz, wie es die gesetzgebenden Körperschaften laufend verabschieden?

Die häufigste Gedankenverbindung besteht zu den nach der Kapitulation erlassenen alliierten Dekartellierungsgesetzen, die bestimmt waren, „die übermäßige Konzentration deutscher Wirtschaftskraft“ zu zerschlagen. Andere mögen daran denken, daß die Amerikaner in ihrer Besatzungszone auf der „schrackenlosen Gewerbefreiheit“ bestanden, oder daß der Erlaß eines deutschen Kartellgesetzes zu den Vorbehalten der Alliierten bei der Ablösung des Besatzungsstatuts gehört. Grund genug, um überzeugt zu sein, uns solle etwas aufgezungen werden, das wider deutsche Tradition gehe und nur den Zweck habe, die „deutsche Konkurrenz zu vernichten“. — Es gehört zu den unglückseligen Ereignissen der Nachkriegszeit, daß die Alliierten ihre Dekartellierungsgesetze in der Tat in einer Form erließen, die den Eindruck hervorrufen mußte, als beabsichtige man, das deutsche Wirtschaftspotential zu zerschlagen. Dadurch wurde die Neigung begünstigt, die Erlaubnis der Kartelle zu einer nationalen Frage und die Kartelle selbst zu Hütern deutscher Tradition zu machen. Es ist richtig, daß sich die Kartelle in Deutschland — anders als in den Vereinigten Staaten — bis zum Erlaß der alliierten Gesetze staatlicher Anerkennung erfreuten. Aber diese Tatsache allein sollte kein Grund sein, die sachliche Berechtigung eines deutschen Kartellverbots zu verneinen.

Schlagworte

In Wahrheit ist der Gedanke, daß es notwendig sei, die Kartelle gesetzlich zu verbieten, keine von den Amerikanern nach Deutschland importierte Erfindung, sondern eine seit Jahrzehnten von deutschen Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen vertretene Erkenntnis. Da man dagegen schlecht einwenden kann, daß es sich um etwas Fremdes, uns Aufgezwungenes handele, bedient man sich des alten Schlagworts, die Idee der Wettbewerbsordnung — und das Kartellverbot ist ein Teil davon — sei doktrinär, theoretisch vielleicht haltbar, aber praktisch undurchführbar, kurz eine Erfindung welfremder Gelehrter.

Damit sind die gegen das Kartellverbot ins Feld geführten Schlagworte nicht erschöpft. Die genannten Beispiele mögen aber genügen, um die Feststellung zu rechtfertigen, daß die Diskussion bisweilen nicht mit logischen, sondern mit Gefühlsargumenten geführt wird. Nicht weniger bedenklich ist die Erscheinung, daß sich diese seit Jahren geführte Diskussion im wesentlichen auf „Fachkreise“ beschränkt, während weite Bevölkerungskreise dem Gesetz indifferent gegenüberstehen. Welche Grundsätze unser Wirtschaftsleben beherrschen, wer bestimmt, was produziert wird und welche Preise wir zu bezahlen haben, sind aber Fragen, von denen man annehmen sollte, daß sie jeden einzelnen angehen.

Die Vorstellungen über die Ordnung der Wirtschaft werden im wesentlichen durch den Gegensatz „Planwirtschaft“ — „freie Wirtschaft“ bestimmt. Wo steht hier das Kartellgesetz? Ist es nicht ein Ausdruck staatlicher Planung, wenn ein Gesetz den Abschluß bestimmter Verträge untersagt und dadurch die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Unternehmer einschränkt? Ist nicht der Abschluß marktregelnder Vereinbarungen, die Bildung von Kartellen und die Schaffung marktbeherrschender Großunternehmen gerade ein Ausdruck der freien Wirtschaft? Und ist nicht die Sicherung ausreichender Gewinne oder der Schutz vor „ruinöser Konkurrenz“ die klarste Verwirklichung des der freien Wirtschaft zugrundeliegenden Prinzips privaten Gewinnstrebens?

Prinzipien der Marktwirtschaft

In alledem steckt ein richtiger Kern. Die Marktwirtschaft ist gekennzeichnet durch die Freiheit jedes einzelnen, ein Gewerbe zu betreiben, beliebig zu produzieren, zu verkaufen und zu kaufen, und das private Gewinnstreben ist ihr Motor. Also eine Naturordnung, deren „prästabilisierte Harmonie“ keiner Regelung bedarf? Nein; denn der Wettbewerb kann erst wirksam werden, wenn eine Vielzahl tatsächlicher und rechtlicher Voraussetzungen gegeben sind. Man denke an die Vertragsfreiheit, an das Prinzip der Schuldenhaftung, an die Garantie des Privateigentums oder an die Freizügigkeit, um nur einige Beispiele recht-

licher Voraussetzungen zu nennen. Um eine sinnvolle Ordnung der Wirtschaft zu erreichen, genügt es aber noch nicht, den Bürgern die rechtliche Möglichkeit freien Wirtschaftens zu geben; der Wettbewerb ist kein regelloser Kampf aller gegen alle, sondern ein bewußt gesetztes Ordnungsprinzip, dessen Eigenart darin besteht, daß die Ordnung durch die Veranstaltung eines bestimmten Regels unterliegenden Kampfes geschaffen wird. Der Schauplatz dieses Kampfes ist der Markt, auf dem die Unternehmer durch das Angebot ihrer Waren um die Gunst der Verbraucher ringen. Das Ergebnis der entstehenden zahllosen Einzelkämpfe tritt im Marktpreis in Erscheinung. Nur der Unternehmer, der seine Kosten zu dem Marktpreis decken kann, erzielt Gewinn, wer höhere Kosten hat, ist gezwungen, entweder seine Leistung zu verbessern oder aus dem Kampf auszuschneiden. Auf diese Art wirkt der Wettbewerb als Förderer des technischen Fortschritts und des allgemeinen Wohlstandes; er zwingt die Unternehmer zu unablässigen Anstrengungen, kampffähig zu bleiben, das heißt aber Waren zu produzieren, die die Verbraucher wünschen, und Waren zu einem Preis anzubieten, den die Verbraucher zu zahlen gewillt sind. Der Wettbewerb ist der Preis, den die Unternehmer für die ihnen gewährte Freiheit zu bezahlen haben.

Künstliche Preissteigerung

Kein Wunder, daß man versucht, sich der Dynamik des Marktes zu entziehen, um auf andere Weise als durch Verbesserung der eigenen Leistung Gewinn zu erzielen. Der einfachste Weg zu diesem Ziel und die einfachste Methode, die objektive Wertung der eigenen Leistung durch die Verbraucher zu verhindern, besteht darin, Macht über den Markt und den Marktpreis zu gewinnen. Zu diesem Zweck bildet man Kartelle. Man vereinbart, wir wollen nicht mehr um die Gunst des Verbrauchers ringen, sondern den Marktpreis festsetzen, zu dem wir alle, ohne unangenehme Anstrengungen leben können. Man spekuliert auf die höhere Kaufkraft eines kleineren Teils der Bevölkerung, der in der Lage ist, für weniger Produkte mehr zu bezahlen, als man zu dem niedrigeren Konkurrenzpreis bei höheren Umsatz erzielen könnte. Die Wirkungen dieses Vorgehens erschöpfen sich nicht in dem höheren Preis für ein bestimmtes Produkt. Die von dem Kartell für die eigenen Waren erzwungenen Mehrausgaben bewirken, daß anderen Gewerben Umsatz entzogen wird. Kapital, das an anderer Stelle wirtschaftlicher arbeiten könnte, wird künstlich festgehalten. Der Zwang, durch Verbesserung der eigenen Leistung Gewinn zu erzielen, wird aufgehoben, an seine Stelle tritt die Ausnutzung der marktstrategischen Vorteile der erworbenen Machtstellung. In anderen Worten, der Marktpreis hört auf ein Anzeiger für den Bedarf an bestimmten Gütern zu sein; er wird zum bloßen Reflex einer Machtstellung. Die als „Naturwunder“ betrachtete Identität von privatem und allgemeinem Nutzen in der Marktwirtschaft ist nicht mehr gewährleistet. Die Ordnung der Wirtschaft durch den Wettbewerb ist empfindlich gestört.

Auch das der Marktwirtschaft zugrundeliegende Gerechtigkeitsprinzip wird verfälscht. Der Markt belohnt den einzelnen nach dem Wert der von ihm erbrachten Leistung für die Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit. Durch den freien Zugang zu jedem Gewerbe soll jedem die gleiche Chance gegeben werden, entsprechend seiner Leistung am Sozialprodukt teilzunehmen. Die Inhaber von Marktmacht zerstören für einen großen Teil der Mitbürger die gleiche Chance, sie verschärfen die ohnehin und unvermeidlich gegebenen Ungleichheiten, die nun unerträglich werden, weil sie willkürlich und vermeidbar sind. Jedem tritt die Willkür unverhüllt vor Augen, wenn Träger wirtschaftlicher Macht — seien es Kartelle oder marktbeherrschende Großunternehmen — mit Mitteln der bewußten Schädigung, durch Boykott oder gezielte Preisunterbietungen gegen unangenehme Konkurrenten vorgehen. Um sich dagegen zu schützen, berufen sich kleine Unternehmer nicht selten auf die Notwendigkeit, sich in Kartellen gegen gigantische Großunternehmen zusammenzuschließen. Aber hier treibt man den Teufel mit Beelzebub aus, indem man sich selbst das Machtprinzip auf Kosten der Verbraucher zu eigen macht. Der Ausweg kann deshalb nur in der Bekämpfung wirtschaftlicher Macht liegen, in welcher Form sie auch immer auftreten mag.

Hier liegt die Aufgabe des Kartellgesetzes. Es soll den Mißbrauch der Freiheit zur Begründung systemdurchkreuzender und ordnungswidriger Marktmacht verhindern. Der vorliegende Kartellgesetzentwurf trägt diesen Gedanken im wesentlichen Rechnung. Er entzieht Kartellverträgen den staatlichen Rechtsschutz, so daß markt-

regelnde Verträge nicht gerichtlich durchgesetzt werden können. Außerdem sind Beschränkungen für die Bildung marktbeherrschender Großunternehmen vorgesehen. Bedenklich sind allerdings die relativ weitgefaßten Ausnahmerechtschriften, die den Grundsatz, daß wettbewerbsbeschränkende Praktiken verboten sind, durchbrechen. Doch genügt es hier festzustellen, daß der Kartellgesetzentwurf im Ganzen dem Prinzip der „Verbotsgesetzgebung“ und nicht dem der „Mißbrauchsgesetzgebung“ folgt.

„Verbots- und Mißbrauchsgesetzgebung“

Was meinen nun die Kritiker, die eine „Mißbrauchsgesetzgebung“ fordern? Der Begriff bildete sich im Anschluß an die Kartellverordnung aus dem Jahre 1923, die Kartelle staatlicher Aufsicht unterstellte, um den „Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ zu bekämpfen. Hier wurde also die Machtbildung selbst als zulässig vorausgesetzt, nur den unangemessenen Gebrauch der Macht sollte eine staatliche Behörde verhindern. Der Gedanke scheint zunächst einleuchtend, in Wahrheit ist er verschwommen und unklar. Wenn ein Gesetz private, marktregelnde Verträge sanktioniert, dann kann man nicht gleichzeitig die Lenkung der Wirtschaft vom Wettbewerb erwarten. Man überantwortet die Wirtschaft privaten Interessengruppen, und der Wirtschaftsablauf wird von zufälligen Machtkonstellationen dieser Gruppen untereinander bestimmt. Selbst wenn man unterstellt, daß die Leiter der Kartelle ausschließlich das Ziel hätten, dem Gemeinwohl zu dienen, könnten sie niemals eine gesamtwirtschaftlich sinnvolle Marktpolitik betreiben, weil der einzige in der Marktwirtschaft mögliche Maßstab, der frei gebildete Marktpreis, durch den Zusammenschluß zerstört ist.

Welche Funktion soll nun der staatlichen Aufsicht zufallen? Eine sinnvolle Marktpolitik kann sie ebensowenig sicherstellen wie die auf das Gemeinwohl bedachten Kartelle. Sie wird sich also darauf beschränken, die offenbare, an Wucher grenzende Ausbeutung der Verbraucher zu unterbinden, und die Auswüchse des regellosen Kampfes der Machtgruppen untereinander und gegenüber Außenstehern zu beschneiden. Man versucht, an den Symptomen der Macht zu kurieren, ohne zu der Ursache — der Macht selbst — vorzudringen, und kann nicht verhindern, daß aus der Marktwirtschaft eine prinzipienlose Anarchie rivalisierender Interessentengruppen wird.

Es drängt sich die Frage auf, warum man in Deutschland geneigt ist, diesen privaten Reglementierungen mehr zu vertrauen als dem unpersönlichen Wettbewerb? Am wichtigsten dürfte das Gefühl sein, daß Lenkung und Planung, gehe sie selbst von privaten Interessenten aus, eher Ordnung schaffen könne und „sozialer“ sei, als ein auf die Freiheit des einzelnen gegründetes Wirtschaftssystem. Hinzu kommt das stark ausgeprägte Gefühl für „wohlerworbene Rechte“. Alteingesessene Unternehmer und Gewerbetreibende sind allzu leicht geneigt, den „uneingeschränkten Wettbewerb“ als Gefährdung ihres schutzwürdigen Besitzstandes zu betrachten und nehmen das Recht für sich in Anspruch, über die Zuverlässigkeit und Eignung neuer Wettbewerber, also ihrer Konkurrenten, zu entscheiden. Ihnen zur Seite stehen Juristen und Volkswirte, sofern sie in den Kartellen ein ergiebiges Betätigungsgebiet erblicken.

Die Aufgabe des Kartellgesetzes

So verständlich die Einstellung von der Seite derjenigen her gesehen ist, deren Interessen — wahre oder eingebildete — durch das Kartellverbot gefährdet werden, so wichtig ist es festzuhalten, daß die Wirtschaftsordnung nicht die Angelegenheit einzelner Gruppen ist, sondern ein über den Bereich der Wirtschaft noch hinausgehendes allgemeines Problem der Gesellschaftsordnung. Wirtschaftliche und politische Freiheit sind untrennbar verknüpft. Wenn die wirtschaftliche Freiheit durch ein System privater Vermachtung diskreditiert wird, wird man irgendwann den Ausweg in staatlicher Planung suchen. Auf die Dauer ist aber die umfassende Verfügungsgewalt des Staates über die Wirtschaft mit persönlicher und politischer Freiheit unvereinbar.

Das Kartellgesetz hat somit eine doppelte Funktion: Es sichert die freie Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung, und es ergänzt die verfassungsmäßigen Grund- und Freiheitsrechte. Wem aber die Sicherung seiner wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit keiner besonderen Anstrengung wert scheint, dem wird vielleicht eine andere Auswirkung des Kartellgesetzes Eindruck machen: Es spart unser Geld.

Ernst J. Mestmäcker

Jeder interessierte Student

liest den Diskus!

Sie können den DISKUS auch an folgenden Stellen kaufen:

Buchhandlung Peter Naacher · Papierhandlung Luise Pollinger, Bockenheimer Warte
Café Pielok · Universitätsbuchhandlung Blazek & Bergmann, Goethestr. 1
In der Universität, im Juristischen und im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Seminar · Im AStA-Zimmer der TH Darmstadt

DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung. Herausgeber: Bernard Claudé, Hans Gierschick, Wilhelm Hick, Nikolaus Schultis, Robert Stern. Für die Redaktion verantwortlich: Beate Schmidt, Udo Kollatz, E. W. Lamprecht, Karl-Heinz Liebe, Hans Wilhelm Nicklas. Kaufmännische Leitung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Müllerstr. 17, Telefon: 772 09

Druck: Druckerei Dr. Zühlendorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60 b, Tel. 511 78. Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 391 58. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 75 75. Preis des Abonnements bei Postzustellung DM 1,— für ein Semester. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Was geschieht nach dem Tage X?

Hessische Studenten diskutieren Ost-West-Probleme

Prorektoren, die keine Akademiker zu sein brauchen — Pflichtvorlesungen über Marxismus und russische Sprache mit alljährlichen Prüfungen, obligatorisch für alle Fakultäten — wissenschaftliche Fragen werden im Politbüro in Moskau entschieden — und als Belohnung für die inintreuen Mannen „Unsummen von Stipendien im Gegensatz zu den westlichen Kulturländern“ (Grund-Satz 18), — DM Ost pro Monat und Student). — Das waren einige der wichtigsten Momente aus dem Referat Dietrich Spangenberg, des Leiters des Amtes für Gesamtdeutsche Studentenfragen in Berlin, über die Situation der Hochschulen in der Sowjetzone. Und das Fazit: Universitäten der Zone seit 1950 streng nach sowjetischen Vorbild ausgerichtet.

In Bad Homburg hatte man sich vom 14. bis 16. Juni zusammengefunden. 50 Studenten und Studentinnen von den hessischen Hochschulen Marburg, Frankfurt, Gießen, der TH Darmstadt, den Pädagogischen Instituten Weilburg und Jüchenheim und von der Universität Mainz. Thema: „Studenten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges.“ Zum ersten Mal ging man in größerem Kreise die Probleme an, die die Zweiteilung Deutschlands für die akademische Jugend aufgeworfen hat. Die Initiative zu der Tagung lag

beim Referenten für Gesamtdeutsche Studentenfragen im ASTA der Universität Marburg und seinem Mitarbeiter.

Das Wetter war prächtig, der Kurpark in der Nähe verlockend — dennoch wurde etwas getan auf dieser Tagung. Fünf Arbeitsgruppen diskutierten eifrig und schwitzten schließlich über ihren Protokollen. Einerseits wollte man einmal gründlich die Lage erörtern, z. B.: Was geschieht nach dem Tage X, der Wiedervereinigung Deutschland in



Freiheit, in Bezug auf die Studenten und Hochschulen „jenseits“? Ein ganzer Fragenkomplex, mit dem — so wurde vorgeschlagen — sich schon heute alle maßgebenden Stellen und Studenten im Westen beschäftigen sollten. Zum anderen erwartete man von der Tagung brauchbare

Vorschläge und Anregungen. Einiges konnte Dieter Spangenberg auch tatsächlich auf seinen Notizzetteln mit nach Berlin nehmen. Mehr Hilfe — Freitische, billige Zimmer, Darlehn — für die politischen Flüchtlingsstudenten aus der Sowjetzone forderte die erste Arbeitsgruppe. Sie regte auch an, die Abituria und Semester, die Flüchtlingsstudenten in der Zone absolviert haben, hier weitgehend anzuerkennen und nur eine begrenzte Nachprüfung durchzuführen. Keine Diskriminierung von Flüchtlingen, auch wenn sie der FDJ angehörten, aber genaue Überprüfung ihrer Vergangenheit, meinte Gruppe zwei.

Mit der Hilfe für die Oststudenten befaßte sich Gruppe drei: Neben die materielle Unterstützung muß — mit gleichem Nachdruck — die geistige treten; die Hochschulsendungen im Rundfunk verstärken — mindestens zweimal 15 Minuten in der Woche und zu günstigen Zeiten (nachts!). „Aktivierung der Studentenschaft“ — ein diffiziles Thema der vierten Gruppe — brachte nichts neues, abgesehen von dem Vorschlag, die Lehre vom Marxismus und Leninismus/Stalinismus in das Studium Generale aufzunehmen. Aber dazu äußerte man sich nur sehr vorsichtig. In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderten die anwesenden Studenten eine größere materielle Unterstützung des Amtes für Gesamtdeutsche Studentenfragen in Berlin durch öffentliche Mittel.

Rechtsanwalt Zeller vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen wies in seinem Referat „Das System der DDR als Staatsunrecht“ durch eine sowjetzonale Urteilsbegründung nach, daß der Richter in der Sowjetzone „sich nicht mehr als Hüter des Gesetzes fühle, sondern als scharfe Waffe zur Bekämpfung aller Schädlinge der neuen Entwicklung“. Der Grundsatz des „labilen Rechtes“ sei damit verwirklicht. Zeller zeigte aber auch, wie viel Unheil der Untersuchungsausschuß durch sein Wirken in die sowjetische Zone hinein schon abwenden konnte. Der „Volksrichter“ von heute könne morgen schon straucheln und gezwungen sein, in den Westen zu fliehen, wo er sich dann für seine Taten verantworten müsse. BK

OST-NACHRICHTEN

In der Zeit vom 15. April bis 15. Mai 1952 sind dem AGSF sieben Verhaftungen von Studenten der sowjetischen Besatzungszone bekannt geworden.

Im gleichen Zeitraum wurden im AGSF 498 Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone beraten.

Über die Verwendung der bei der Solidaritätsaktion an westdeutschen Universitäten gesammelten Gelder erstattete der Leiter des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen in Berlin Bericht. Die Gesamtsumme von 27 895,73 DM wurde dem Unterstützungsfonds des Amtes zugeleitet und im wesentlichen für die Beschaffung von Medikamenten, Lehrbüchern und für finanzielle Hilfe für notleidende Studenten der Sowjetzone ausgegeben. Der Leiter des AGSF umriß dann die weiteren Aufgabenbereiche des Amtes. Neben der Registrierung sämtlicher in der Sowjetzone erfolgten Verhaftungen von Professoren und Studenten und der Unterstützung ihrer Angehörigen ist es eine wichtige Aufgabe des Amtes, das Eindringen krimineller Elemente aus dem Osten, die sich als vorgebliche Flüchtlinge um Studienplätze an den westdeutschen Hochschulen bewerben, nach der Bundesrepublik zu verhindern. Dazu kommt die in großem Umfang betriebene Informationsarbeit und die Betreuung politischer Flüchtlinge.

Elf Studenten aus Jena, die im Jahre 1949 von einem sowjetischen Militärtribunal zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden waren, weil sie eine SED-Versammlung mit Stinkbomben und Tränengas gesprengt hatten, sind Mitte Mai 1952 von den sowjetischen Behörden begnadigt worden. Die Studenten wurden jedoch nicht entlassen, sondern den deutschen Behörden zur erneuten Verurteilung übergeben. (IWE Berlin)

Als einzige Grundlage für eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung bezeichnete Prof. Dr. Meusel von der Ost-Berliner Linden-Universität den „historischen Materialismus“. Er forderte die gesamte Professorenschaft auf, in den Mittelpunkt ihrer Lehrtätigkeit „das deutsche Volk und seinen Kampf um die nationale Einheit“ zu stellen, um „der Bedeutung der Geschichtswissenschaft in der Erziehung des Volkes zum Patriotismus“ gerecht zu werden. Meusel sprach anlässlich einer Historikertagung, an der etwa 200 Professoren und Dozenten aus der Sowjetzone teilnahmen.

(Neues Deutschland, Ost-Berlin)

Eine wissenschaftliche Konferenz aller Professoren, Dozenten und Assistenten des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone fand am 3. Mai 1952 an der Linden-Hochschule Berlin statt. Im Mittelpunkt der Konferenz stand eine Vorlesung des Stellvertreters des sowjet-deutschen Ministerpräsidenten Walter Ulbricht über das Thema „Die wissenschaftliche Bedeutung der Note der Sowjetunion — der Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland“. Im Anschluß an die Vorlesung wurden die Mitglieder eines ständigen wissenschaftlichen Beirats für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium als beratendes Organ des Staatssekretariats für Hochschulwesen berufen.

Jeder Student soll exmatrikuliert werden, der die befohlene Resolution nicht unterschreibt, in der die Einführung des obligatorischen Wehrsportes für alle Studenten gefordert wird. Dies kündigte der Sekretär der SED-Partei-gruppe an der Universität Halle an.

(Hochschul-Information, Berlin)

Tempora mutantur

7. 7. 51: „Die deutsche Jugend lehnt es ab, ihr junges Leben als Soldaten zu opfern!“
1. 5. 52: „... Es ist daher für jeden jungen Deutschen eine große Ehre, mit den bewaffneten Kräften der DDR der Heimat zu dienen.“

Erich Honecker, 1. Vorsitzender der FDJ

„Jud Süß“ im Libanon

Es wäre nicht uninteressant, einmal festzustellen, wieviel Zeitungspapier seit Herrn Harlans Freispruch im Hamburger Prozeß über das pro und contra seines Wiederauftretens in der deutschen Tagespresse bedruckt worden ist. Was da für die Filme „Unsterbliche Geliebte“ und „Hanna Amon“ an unbeabsichtigter Reklame gemacht wurde, ist sicher nicht wenig, und räumlich gesehen ist die Notiz, die die „Neue Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 16. 6. 1952 veröffentlichte, gewiß nicht die bedeutendste. Aber kleine Dinge sind oft gewichtiger, als ihr Umfang vermuten läßt, und so kann eine Sechs-Zeilen-Meldung in der „Neuen Zeitung“ den Fall Harlan unter einem völlig neuen Aspekt erscheinen lassen. Unter der Überschrift: „Jud Süß im Libanon verboten“ enthält sie die Mitteilung, daß das libanesische Innenministerium die Aufführung des von der Zensurbehörde freigegebenen Veit-Harlan-Filmes „Jud Süß“ in Beirut verboten hat, „obwohl sich das Land noch immer im Kriegszustand mit Israel befindet“.

An dieser Meldung ist zweierlei bemerkenswert. Zwar haben wir uns schon fast abgewöhnt, über irgend etwas noch erstaunt zu sein, aber die Tatsache, daß überhaupt noch Kopien des „Jud-Süß“-Films in in- oder ausländischen Verleihen existieren und ausgeliehen werden, dürfte selbst bei uns einige Verwunderung erregen. Sie muß vor allem

jetzt, wo wir endlich in konkrete Verhandlungen über die Wiedergutmachung mit Israel eingetreten sind, um so peinlicher berühren. Es wäre Sache der Bundesregierung gewesen, sich vor Beginn dieser Verhandlungen für den Verbleib der vorhandenen Filmkopien zu interessieren und dafür zu sorgen, daß diese beschämenden Zeugnisse nazistischer Rassenhetze aus der Öffentlichkeit verschwinden. Auch könnte es interessant sein, zu erfahren, auf

Eine Sondernummer des DISKUS

die über das Universitätsfest berichtet und ausführlich die Reden und Diskussionen des Abschlusstages wiedergibt
erscheint Ende der 1. Juliwoche

welchem Wege die Kopie überhaupt nach Beirut gelangt ist und an wen gegebenenfalls — in rechtlicher Nachfolge der UFA — die Aufführungstantiemen zu zahlen sein würden. Weder für einen ausländischen Verleih noch für

Werden Sie Postsparer!



Warum?

Weil Sie mit einem



Postsparbuch

bei 54000 Poststellen Ihre Spargelder abheben können.

Ja, sogar mehr!

Bei Bahnhofspostämtern in größeren Städten besteht Tag und Nacht Postsparkassendienst.



Postsparbücher sind bequem — einfach — zinsbringend — freizügig

eine deutsche Instanz wäre es sehr rühmlich, aus den Ausführungen ausgerechnet dieses Filmes Profit schlagen zu wollen. Die Tatsache, daß mit einem deutschen Hetzfilm gegen das jüdische Volk Geschäfte gemacht werden zu einer Zeit, in der die deutsche Bundesregierung mit Israel Verhandlungen über die Wiedergutmachung der in der Nazi-Ära begangenen Verbrechen führt, dürfte im Auslande erhebliche Zweifel an der Ehrlichkeit unseres Willens auslösen und ein ebenso falsches wie schlechtes Licht auf uns und unsere Regierung werfen.

Von mehr innerpolitischem Interesse ist die Tatsache, daß — wie es in der AP-Meldung heißt — der „Jud-Süß“-Film in Beirut verboten wurde, „obwohl sich das Land noch immer im Kriegszustand mit Israel befindet“. Daß die Gefühle, mit denen man im Libanon die israelitischen Nachbarn betrachtet, nicht die freundlichsten sind, ist bekannt. Daß man aber zur antijüdischen Propaganda ausgerechnet den nazistischen Hetzfilm „Jud Süß“ für geeignet hält, wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die Zensurbehörde des der UNO angehörenden Staates Libanon, es steht auch in entschiedenem Widerspruch zu einem der Hauptargumente Veit Harlans. Wenn die libanesische Zensurbehörde den Film zur Aufführung freigegeben hat, so tat sie dies zweifellos mit der Absicht einer antisemitischen Propaganda, die sich aus den Spannungen zwischen den arabischen Staaten und Israel erklärt. Sie hat damit den klaren Beweis geliefert, daß der „Jud-Süß“-Film eindeutig antisemitische Tendenzen verfolgt, und daß man ihn darum als Hetz- und Propagandafilm gegen das Judentum bezeichnen muß. Ausgerechnet aber diese Behauptung war es, die Herr Harlan im Hamburger Prozeß so lebhaft bestritt, und nicht zuletzt deswegen kam

es zu keiner klaren Beurteilung seiner moralischen Schuld. Daß uns der Beweis für die Unrichtigkeit seiner Behauptung gerade aus dem Libanon kommen würde, hatte wohl kaum jemand erwartet. Vielleicht sollte man aber auf Grund dieses neuen Aspektes das Urteil gegen Herrn Harlan doch einmal einer Revision unterziehen und dabei bedenken, welche verhängnisvollen Konsequenzen das Wirken dieses Mannes auf den Ruf nicht nur des deutschen Nachkriegsfilmes, sondern auch unserer moralischen Verantwortlichkeit zur Folge haben können.

Ein großer Teil des deutschen Volkes hat zweifellos das Jud-Süß-Problem für abgeschlossen gehalten und war darum bereit, Veit Harlan die Chance zu einem neuen Start zu geben. Bei ihnen mußten die Studentenproteste gegen die Filme „Unsterbliche Geliebte“ und „Hanna Amon“ notwendig auf Verständnislosigkeit und Widerstand stoßen. Wenn sich aber in Zukunft die deutsche Studentenschaft für die Zurückziehung sämtlicher Kopien des „Jud-Süß“-Filmes einsetzt, wird sie auch mit der Unterstützung einer größeren Öffentlichkeit rechnen können.

Es ist nicht genug, gegen die neuerlichen Versuche Herrn Harlans, sich in den Vordergrund zu spielen, zu demonstrieren, solange es noch irgendwo in der Welt — vielleicht nicht nur im Libanon — Exemplare dieses Filmes gibt. Die deutsche Studentenschaft sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um festzustellen, welche ausländische oder deutsche Firma für den Verleih verantwortlich ist. Sie sollte alle Kräfte aufbieten, um zu verhindern, daß mit diesem Film noch weiteres Unheil angerichtet wird.

ders“. Der Einwand, die public relations Arbeit sei unproduktiv, ist unsinnig, denn schließlich wird durch sie etwas potentiell Vorhandenes, dessen Wichtigkeit heute keiner mehr bestreitet, zum Fließen gebracht, es wird „Atmosphäre produziert!“ In diesem Zusammenhang sind einige Zahlen interessant. Gegenwärtig arbeiten in den USA über 35 000 Personen in den public relations Abteilungen der Industrie. Auf jeden größeren Betrieb kommen durchschnittlich 10 bis 15 public relations Fachleute. Darüber hinaus gibt es public relations Firmen sowie es Anwaltsfirmen und Arztfirmen gibt, die speziell zur Beratung der Industrie da sind.

Die public relations Arbeit beschränkt sich nicht nur auf den einzelnen Betrieb, wo sie sich in Werkszeitungen, Aussprachen der Belegschaft mit der Direktion, „offenen Tagen“, Vorträgen, sozialen Einrichtungen, Betriebsfeiern, geeignetem Herausstellen der Jubilare, Werkbüchereien, Werkssport, kulturellen Clubs usw. äußert. Sie geht mitunter weit darüber hinaus. Eines der bekanntesten Beispiele der Öffentlichkeitsarbeit in großem Stil ist das Internationale Wollsekretariat.

Die Wolle und die Wissenschaft

Die Stellung der Wolle auf dem Weltmarkt wird gegenwärtig bedroht durch den Einbruch der künstlichen Faser. Diese Entwicklung war schon seit einiger Zeit vorauszusehen. Deshalb wurde im Jahre 1937, als die Zellwolle sich bereits einen Namen gemacht hatte und vollsynthetische Fasern erstmals in großem Umfang in einem planmäßigen Produktionsgang liefen, in London das sog. Internationale Wollsekretariat gegründet. Dieses Sekretariat, für das bekannte Wissenschaftler und Publizisten tätig sind, hat die Aufgabe, zu verhindern, daß die Wolle vom Weltmarkt verdrängt wird. In 14 Ländern der Welt unterhält es Büros. Die Presse wird laufend mit Nachrichten versorgt. Vielfältige Publikationen erfassen die Wissenschaftler ebenso wie die Industriellen, die Händler wie die Verbraucher. Anzeigen-Aufträge werden vergeben. Studenten erhalten Stipendien. Universitäten erhalten Forschungsaufträge. Die Werbung um öffentliches Vertrauen geschieht ebenso wie die Arbeit in den Werkszeitungen, obwohl sie von bekannten Persönlichkeiten inspiriert und geleitet wird, anonym.

Wenn man die public relations von den human relations begrifflich absetzen will, liegt die Gefahr einer Vereinfachung sehr nahe, etwa in der Art, daß man die Arbeit des Internationalen Wollsekretariats für public relations und die eines Werkszeitungsredakteurs für human relations hält. Beide relations sind vom Sprachlichen her kaum zu unterscheiden. Sie gehören zusammen. Das eine ohne das andere ist unmöglich. Die public relations gehen in ihrer Wirkung nach mehr in die horizontale Richtung, die human relations mehr in die vertikale Richtung. Die human relations sind gewissermaßen der privatere Teil der public relations, denen man, wenn man sie als übergeordnet begriffen haben will, weitere „relations“ untergliedern kann wie labor relations, Beziehungen zur Gemeinde, zur Politik, zur Wissenschaft, zum Käufer, zum Wähler, zum Ausland und nicht zuletzt zu den Aktionären eines Werkes, die heute vielfach zahlreicher sind als dessen Arbeiter; bei American Telephone sind es beispielsweise 1 092 000, bei General Electric 253 000 und bei General Motors 477 000.

Eine neue Aufgabe der Universität

Der Erfolg der public-relations-Arbeit in Deutschland wird davon abhängen, ob es gelingt, auf dem Weg über die Universität jenen Zug von Wissenschaftlichkeit (nicht den Geruch) in die Betriebe und besonders in diesen Teil der Betriebsarbeit hineinzutragen, der der amerikanischen Industrie das Gepräge gibt (auch ohne Dokortitel). Das ist eine Arbeit, die besonders den Studenten anziehen wird, dem das noch Unerforschte ein Ansporn ist, der allein um der Geltung der Humanität willen — und darum geht es letzten Endes — und nicht um des Starnamens willen tätig sein möchte.

Es wird weiterhin nicht zuletzt von der Ausbildung, die allein die Universität vermitteln kann, abhängen, ob der Journalist, der public-relations-Fachmann im Betrieb einmal das Ansehen und die selbstverständliche Stellung findet, wie sie der Jurist, der Ingenieur, der Arzt und der Psychologe im Betrieb gefunden haben.

In den Vereinigten Staaten werden gegenwärtig an über 70 Universitäten und Colleges Seminare und Vorlesungen über public relations abgehalten.

Leistung und Toleranz

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Public-relations-Arbeit bedeutet keineswegs ein Sanktionieren, dadurch, daß man dem Arbeitnehmer mit raffinierten psychologischen Tricks Sand in die Augen streut und gewissermaßen unter Chloroform hält. Durch die public-relations-Arbeit soll das heute bei uns noch vorherrschende Stadium, das Gegeneinander, überwunden werden durch das Nebeneinander (Toleranz) mit dem Ziel, einmal zu einem Miteinander zu kommen. Es ist an sich völlig gleichgültig, ob Herr Müller oder Herr Meier Eigentümer des Werkes ist, es ist nur wesentlich, daß der Eigentumsbegriff wieder seine alte Bedeutung und Wertung zurückerhält, weil unsere westliche Kultur ohne die Unantastbarkeit des Eigentums nicht leben kann. Es ist selbstverständlich, daß in einer Zeit wie der unseren der Eigentumsbegriff nach der Leistung hin modifiziert werden wird. Das ist ein Erfordernis der Gerechtigkeit und eine Voraussetzung jeglicher unternehmerischer Tätigkeit.

Dieter Schäfer

Public relations

— eine Sache, die die Universität angeht —

Wenn man fragt, was in dem Jahrhundert des einfachen Mannes, in dem wir leben, von den Größen geblieben ist, die die Menschen um 1900 für unabänderlich und für den Fortschritt beinahe naturnotwendig hielten, so wird man neben der Wissenschaft und dem Arbeiter nur noch den unternehmerischen Wagemut nennen können. Ohne ihn, der die Erkenntnisse der Wissenschaft mit Hilfe der Geschicklichkeit des Arbeiters im volkswirtschaftlichen Sinne „produktiv“ macht, hätten wir heute noch den Lebensstandard der Jahre vor der Währungsreform. Das große Wunder des industriellen Aufstieges Deutschlands, das in den ganz nüchternen Zahlen seinen Ausdruck findet, daß 1951 bereits Deutschland 140% der industriellen Kapazität von 1938 erreicht hatte, während es nach dem Marshallplan 1952 erst 120% erreichen sollte, wäre ohne den Unternehmer unmöglich gewesen. Kraft und Fleiß und Wissen allein machen es nicht. Sonst bestünde zwischen einem eben fertig gewordenen Diplomkaufmann und einem Industriellen kein so großer Unterschied.

Wenn man diese großartige Leistung — das Ausland weiß sie eher zu schätzen als wir — dem Ansehen vergleicht, dessen sich der Unternehmer und der verantwortliche Betriebsleiter heute in Deutschland erfreut, stößt man auf eine enttäuschende Diskrepanz, die typisch ist für das Mißtrauen, das heute nicht nur unser öffentliches Leben, sondern auch die Beziehungen der Menschen untereinander vergiftet.

Es ist hierbei ebenso ein nationales — wenn nicht internationales — Bedürfnis wie eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß dieses Mißtrauen überwunden wird, und daß man, wenn nichts anderes, so doch wenigstens die gemeinsame Arbeit, die gemeinsame Leistung als etwas alle Verpflichtendes begreift. Man braucht kein Adam Riese zu sein, um nachrechnen zu können, was die deutsche Volkswirtschaft noch über das Erreichte hinaus hätte leisten können, wenn diese gemeinsame Basis vorhanden wäre. Es ist bezeichnend, daß den deutschen Besuchern der Vereinigten Staaten als erstes und imponierendstes immer wieder die Tatsache auffällt, daß es dort über die Wertung der freien Wirtschaft keine Diskussion gibt. Ihre Lehren werden mit der Überzeugung von Glaubenssätzen vertreten, und kein vernünftiger Mensch käme auch nur auf den Gedanken, an ein Weiterbestehen beispielsweise der Gewerkschaften oder gar der menschlichen Freiheit in dem Sinne, wie wir sie hier aus der abendländischen Tradition heraus begreifen, außerhalb des Systems der Marktwirtschaft zu glauben. Die Mißverständnisse in Deutschland sind wesentlich darauf zurückzuführen, daß der eine zu wenig vom andern weiß. Das gilt für das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter, des Betriebes zu der Gemeinde, des Arbeiters zum Angestellten usw. Dieses fehlende Wissen voneinander zu ersetzen, ist die Aufgabe der öffentlichen Meinungspflege (public relation). Dieser Zweig der Publizität ist bei uns noch sehr jung. Das kommt einmal daher, daß sich hier das amerikanische Vorbild nicht ohne weiteres übernehmen läßt, weil die psychologischen und wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen anders sind und nicht zuletzt deshalb, weil sich jeder neuen Sache die Kräfte des Beharrenden auch des Kreises, für den sie tätig ist, mit ganzer Wucht entgegenstellen.

Meinungspflege für Marktwirtschaft

Die öffentliche Meinungspflege in Deutschland wird man nicht beurteilen dürfen nach den Anzeigenstellungsloser und stellensuchender Volkswirte, die sich mit Kenntnissen auf dem Gebiet der human and public relations schmücken. Es liegt in der Natur einer Sache, die etwas „bekannt macht“, d. h. um öffentliches Vertrauen

wirbt, daß sie von sich selbst nicht viel Reden macht. Das sollte sich jeder vor Augen halten, der, sei er Betriebswirt, Volkswirt, Journalist, Arzt oder Psychologe, dort sein Tätigkeitsfeld sucht.

Das läßt sich vielleicht am deutlichsten klar legen an einem der wesentlichsten Zweige der öffentlichen Meinungspflege, den Werkszeitungen. Über die Zahl der erscheinenden deutschen Werkszeitungen und ihrer gesamten Auflagenhöhe besteht bei uns noch kein klares Bild. Ungefähr werden gegenwärtig höchstens 300 Werkszeitungen (in England 1400) erscheinen. Die durchschnittliche Auflagenhöhe dürfte zwischen 8000 bis 10 000 liegen. Diese Werkszeitungen haben zunächst das Ziel, den Unternehmer aus seiner Isolierung heraus zu führen, ihn mit seinen Arbeitern, seinen Aktionären, seinen Kunden, seiner Gemeinde und der gesamten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Eine Werkszeitung wird natürlich von Journalisten geschrieben. Sie spiegelt aber das Werk wieder und nicht den Journalisten. Sie ist eine Institution der Betriebspolitik und als solche auch der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist nutzlos, wenn sie nicht der Öffentlichkeit die Überzeugung vermitteln kann, daß auf diesem ganz kleinen Sektor der Volkswirtschaft, den sie vertritt, die Arbeit und die Erfolge nur möglich sind in dem System der sozialen Marktwirtschaft. Eine Werkszeitung kann also nicht den Salonjournalisten mit den bekannten Geistreicheleien brauchen, sondern sie braucht zum Redakteur einen Mann allgemeinen Vertrauens, von umfassendem wirtschaftlichem Wissen, einer genauen Kenntnis des Betriebes und einem guten psychologischen Fingerspitzengefühl. Nicht der Schreiber ist das Wichtigste, sondern das Werk. Dieses „teamwork“ mit seinem Zurückstellen des Ich's verlangt natürlich besondere charakterliche Qualitäten. Es wird vor allem nicht der Mann Werkschriftleiter sein können, der glaubt, allein aus der Intuition schaffen zu können. Die Haltung, in der eine Werkszeitung geschrieben werden soll und in der sie vor allen Dingen auch gelesen werden muß, wenn sie Erfolg haben soll, zeigt sich sehr schön in dem Titel einer der bekanntesten deutschen Werkszeitungen: „Wir vom Glanzstoff“.

Aussprache und Klima

Eine Werkszeitung hat eine gewisse Ähnlichkeit mit einer Studentenzeitung. So wie eine Werkszeitung die Seele des Betriebes widerspiegeln muß, sollte auch eine Studentenzeitung die Seele der Universität widerspiegeln. Ihr Unterschied liegt schließlich darin, daß auf der Universität nicht Güter produziert werden wie in der Wirtschaft. Hier ist überhaupt mit aller Deutlichkeit zu betonen, daß die Voraussetzungen für eine wirksame Meinungspflege eine gesunde wirtschaftliche Grundlage des Betriebes und eine entsprechende Lebenshaltung des Unternehmers ist. Nur 10 oder vielleicht nur 5 Prozent der Meinungspflege haben etwas mit der eigentlichen journalistischen und psychologischen Technik zu tun, für die die Universitäten das entsprechende Wissen vermitteln müssen. So wie eine Universitätszeitung dann nicht mehr ihren Sinn erfüllt, wenn sie von Dozenten geschrieben wird, so wird eine Werkszeitung dann ihren Sinn nicht erfüllen, wenn sie von Unternehmern geschrieben wird. Beide Zeitungen sind dazu da, um Aussprachen im wahrsten Sinne zu sein. Sie müssen das Klima wiedergeben der Institution, deren Namen sie an irgend einer Stelle tragen. So wie die Studentenzeitung dem fremden Leser eine Anschauung geben muß von der Atmosphäre der Hochschule und zwar dieser Hochschule, so muß die Werkszeitung eine Ahnung vermitteln von der Atmosphäre ihres Werkes. Die meisten deutschen Werkszeitungen sind z. B. viel zu „schön“. Das Werk, die Arbeit sind jeweils „ganz an-

Rassenpolitik ist ein Geschäft

Die Politik Malans in Südafrika

Wir Deutschen verfolgen seit jeher die Entwicklung der Südafrikanischen Union mit einem besonderen Interesse. Der Grund dafür ist nicht nur die Nähe Südwestafrikas, auf das übrigens die südafrikanische Regierung zur Zeit immer schärfere Ansprüche anmeldet. Wesentlicher ist, daß bis zum zweiten Weltkrieg dort eine starke deutsche Siedlergruppe ansässig war, die in den Kriegsjahren zerstört wurde. Jetzt bemüht sich die Regierung in Kapstadt, durch erleichternde Bestimmungen die Einwanderung Deutscher zu fördern und durch die Vergebung von Stipendien an deutsche Studenten die kulturellen Beziehungen enger zu gestalten — Beziehungen, die schon sehr alt sind, wie eine anlässlich der 300-Jahr-Feier der Union veranstaltete Ausstellung friesisch-oldenburgischer Bauernkultur vor kurzem gezeigt hat. Das natürliche Interesse beider Länder aneinander wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß der seit 1949 wieder aufgenommene Handel einen erstaunlichen Aufschwung genommen hat.

Angesichts einer so großen Zahl von Berührungspunkten nimmt es nicht wunder, daß gerade in Deutschland die Nachrichten, die gegenwärtig aus der Südafrikanischen Union eingehen, mit großer Besorgnis, ja oft mit Abscheu verfolgt werden. Was soll man mit der Nachricht anfangen, daß ein Beamter des größten Krankenhauses in Kapstadt einen schwer lungenkranken 65-jährigen Neger aus dem Krankenhaus entfernt und im Urwald hat absetzen lassen — mit der Begründung, die betreffende Abteilung sei nicht für Infektionskrankheiten zuständig und es müsse ein Exempel statuiert werden? Durch welche Umstände wurden der britische Gewerkschaftsverband und die Labour-Party veranlaßt, in scharfen Resolutionen gegen den südafrikanischen Ministerpräsidenten Daniel F. Malan Stellung zu nehmen? Hinter beiden Meldungen steht die von Malan vertretene Rassenpolitik, die in diesem Teil der Welt trotz aller Bemühungen der UN das Prinzip der rassischen Diskriminierung zum Staatsprinzip erhoben hat.

Diese von Malan und seiner Nationalistischen Partei leidenschaftlich verfolgte Apartheid (Rassentrennungs-)Politik, deren Tatsache allein schon jeden, der einmal unter einer Rassenpolitik gelitten hat — und wer könnte sich davon in Deutschland und Europa ausnehmen — mit Besorgnis und Beklemmung erfüllen muß, hat gerade in den vergangenen Wochen und Monaten zu einer politischen Krise geführt, die sich stündlich zuspitzt, das Land zu einem Pulverfaß gemacht hat und Konsequenzen nach sich zieht, die weit über den ursprünglichen Anlaß hinausgehen. Den bildete die Entscheidung des Appellationsgerichts vom März, der zufolge der im vergangenen Jahr vom Parlament angenommene Ausschluß der Mischlinge der Kap-Provinz vom direkten Wahlrecht für verfassungswidrig und ungültig erklärt wurde. Als Antwort brachte Malan einen Gesetzentwurf zur Bildung eines „parlamentarischen Obergerichts“ ein, das in Verfassungsfragen unbeschränkte Vollmachten haben soll. Dieses Gericht, das inzwischen von beiden Häusern des Parlaments angenommen worden ist, wird den Nationalisten eine autoritäre Macht einräumen, die im Volksrat (Unterhaus) über die geringe Mehrheit von fünf Sitzen verfügen.

Bantus, Buren, Briten

Die gegenwärtige Situation ist außerordentlich kompliziert, da es keineswegs nur um den Gegensatz von Weiß und Schwarz geht. Am Konflikt sind drei wesentliche Kräfte beteiligt, die Weißen burischer und die britischer Abstammung sowie die Farbigen, deren stärkste Gruppe die Bantu-Neger sind. Wenn jetzt die oppositionelle Unionspartei (liberal) gegen die Apartheid-Politik Malans Sturm läuft, so darf man sich deshalb auf keinen Fall zu dem Schluß verleiten lassen, die Unionisten würden vom Prinzip der Rassentrennung abgehen, wenn sie nach den Neuwahlen des kommenden Jahres die Regierung übernehmen sollten. Feldmarschall Jan Christian Smuts, ihr verstorbener bedeutender Führer, lebte wie Malan in dem Bewußtsein, daß die zweieinhalb Millionen Weißen (eineinhalb Millionen Buren und eine Million Südafrikaner britischer Abstammung) sich durch konsequente Trennungsbestimmungen gegen die zunehmend nach Süden drängenden zehn Millionen Farbigen (achteinhalf Millionen Bantus, 300 000 Inder und über 1,1 Millionen Mischlinge) wehren und „ihre europäische Zivilisation behaupten“ müßten. Daß die Wirtschaft Südafrikas von der billigen Arbeit der Neger, denen „skilled work“ (geistige Arbeit) fast völlig verboten ist, getragen wird, wissen die Liberalen mit Jacobus Gideon Strauß an der Spitze und dem Diamantenkönig Sir Ernest Oppenheimer im Hintergrund genau. Dennoch wollen sie — zumeist aus parteitaktischen Gründen — den Farbigen Zugeständnisse machen, namentlich auf dem Gebiet der Erziehung. Weit idealistischer dagegen ist das „Fackelkommando“ — eine Veteranen-Vereinigung mit 175 000 Mitgliedern — dessen Führer Adolf Malan, ein Neffe des Premiers, erklärte, er werde die Verfassung verteidigen, und zwar notfalls mit Gewalt. Und durch die Verfassung verbrieft ist nach seiner Ansicht auch das Wahlrecht der Mischlinge der Kap-Provinz.

Konflikt mit London und der UNO

Gerade hier liegt der entscheidende Punkt. Abgesehen von der Tatsache, daß einer Beschränkung aus rassischen Gründen heutzutage immer allgemeines Interesse zu kommen muß, hat der zur Debatte stehende Fragenkom-

plex insofern weittragendere politische Bedeutung, als er den Status der Südafrikanischen Union innerhalb des britischen Commonwealth berührt. Das Wahlrecht der Mischlinge der Kap-Provinz ist durch die Kolonial-Akte von 1909 verbrieft. Die Konvention von Westminster, die im Jahre 1931 dem Commonwealth einen neuen konstitutionellen Rahmen gab, hat nach der Auffassung maßgeblicher britischer Juristen die alten Rechte bestätigt. Malan vertritt dagegen die Meinung, daß eine Verfassungsänderung durch ein mit einfacher Mehrheit angenommenes Gesetz möglich sei. Durch eine solche war das Wahlrecht der Mischlinge aufgehoben worden. Das Appellationsgericht andererseits gab zwar die Möglichkeit einer Verfassungsänderung zu, verlangte dafür aber die absolute Mehrheit, die auf einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Parlamentes zustande gekommen sein müßte. Malan setzt sich mit seinem Vorgehen in scharfen Gegensatz zur Konvention von 1931, wodurch der Prozeß der Ablösung Südafrikas aus dem Commonwealth — die Ablösung wird von den Buren offen propagiert — stark beschleunigt werden könnte. Symbolisch für die Abtrennungsbestrebungen ist übrigens, daß die Angehörigen der südafrikanischen Marine seit dem 1. April nicht mehr die Buchstaben H. M. (Her Majesty) auf ihrem Mützenband tragen. Hierher gehört auch, daß Malan immer energischer die britischen Protektorate Betschuanaland, Basutoland und Swaziland sowie das Mandat Südwest-Afrika fordert. Selbstverständlich haben die unverhüllten burischen Ablösungsbestrebungen den schärfsten Abwehrwillen der englischstämmigen Südafrikaner wachgerufen. In der Senatsdebatte über die Gerichtsvorlage drohte der liberale Führer in Natal, Senator G. Heaton Nicholls, sogar mit dem Austritt Natal's aus der Union.

Neben diesen verfassungsmäßigen Belangen greift seit einiger Zeit auch die südafrikanische Rassenpolitik in weltpolitische Bereiche über. In letzter Zeit hat sich Malan wiederholt in scharfer Form von den Menschenrechts-Bestrebungen der Vereinten Nationen distanziert, die der von ihm vertretenen konsequenten Apartheid-Idee zuwiderlaufen. Der Konflikt brach bereits während der letzten Vollversammlung der UN offen aus, als der anglikanische Pfarrer Michael Scott vor dem Forum der Vereinten Nationen leidenschaftlich die Belange der unterdrückten Farbigen vertrat und ihm daraufhin die Rückkehr in die Union untersagt wurde, ein Vorfall, der namentlich in England größte Empörung ausgelöst hat.

Barbarei, fast wie unter Hitler

Die Bestimmungen, die das Leben der Farbigen einengen und die weitgehend die Möglichkeit zu schikanöser Auslegung bieten — Scott hat mit Abscheu darauf hingewiesen — sind von unvorstellbarer Härte. Hier nur einige Beispiele aus dem Alltag: Wird ein schwarzer Arbeiter ohne Papiere angetroffen, so kommt er ins Gefängnis, wo ihn eine Prügelstrafe erwartet. Anschließend hat er Zwangsarbeit für die ortsansässigen Bauern zu verrichten. Nur das Anlehnen an eine für Weiße reservierte Bank führt schon zur Verhaftung. Die alte Waschfrau muß die Wäsche zehn Kilometer weit durch die Hitze zu ihrer Herrin tragen, da sie den nur für Weiße bestimmten Bus nicht benutzen darf. Schulen für Eingeborene gibt es verschwindend wenig. Auch existiert für sie kein Schulzwang. Sucht ein kranker Schwarzer einen weißen Arzt auf, so muß er im Freien warten und hat nur durch die Hintertür Zutritt. Diese Beispiele ließen sich beliebig lange fortsetzen. Alan Paton hat in seinem Roman „Cry the Beloved Country“ (deutscher Titel: „Denn sie sollen getröstet werden“) den ständigen Druck geschildert, der auf den Menschen der Union lastet. Er lastet nicht nur auf den Farbigen, sondern auch auf ihren Unterdrückern, die in nächtlichen Albträumen sehen, wie schwarze Kinder in den Ruinen ihrer Häuser spielen.

Bei der Beurteilung der Malanschen Rassenpolitik warnen maßgebliche amerikanische und britische Blätter immer wieder vor einer allzu raschen Identifizierung Malans mit Hitler. Die Parallelen sind freilich verblüffend. Der der Reformierten Kirche angehörende Pfarrer Malan warf 1933, als im Zuge der Weltwirtschafts-Krise die südafrikanische Goldindustrie zusammenbrach, der Regierung vor, sie verkaufe die Buren an Hoggheimer (die Karikatur eines reichen Juden, die in dem der Regierung nahestehenden Blatt „Die Burger“ immer wiederkehrt). In diesem Jahr gründete Malan mit sieben Anhängern die Nationalistische Partei, wobei er sich ausdrücklich auf das entsprechende Beispiel Hitlers berief. Im zweiten Weltkrieg waren die Nationalisten im Gegensatz zu den Liberalen für Neutralität. Das Jahr 1947 brachte dann Daniel F. Malan zur Macht. 550 00 stimmten gegen und 400 000 für ihn. Das genügte jedoch auf Grund der Aufteilung der Wahlbezirke. Malan bildete ein Kabinett, das sich ausschließlich aus Buren zusammensetzte.

Im Zeichen der Bibel

Malans pronazistische Äußerungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sein Ausgangspunkt ein ganz anderer als der Hitlers war. Der größte Teil seiner Minister gehört wie er zur „Afrikanischen Bruderschaft“, einer fanatischen Sekte orthodoxer Reformierter Christen, die außerdem im ganzen Land Schlüsselstellungen in der Hand hat. Malans leidenschaftlich verfochtene Apartheid-Politik hat ihren Ursprung im religiösen Fanatismus. Es



Gold Dollar Cigaretten

richtig für richtige Kenner

ist, als sei die Zeit Calvins wieder angebrochen. Bei allen seinen politischen Maßnahmen beruft sich der Ministerpräsident auf die Bibel. Aus ihr leitet er vor allem ab, daß Gott eine weltliche Autorität eingesetzt habe, der sich im Falle Südafrikas die Farbigen zu beugen hätten. Malan sieht die Weißen in Südafrika — unausgesprochen die Buren — als eine von Gott erwählte Rasse an, der die Farbigen zu dienen haben. Ihm schwebt die Bildung eines neuen Jerusalem vor, und sein erster Schritt auf dem Wege zu einem Gottesstaat war, in die Verfassung den Satz aufzunehmen: „Das Volk der Union unterwirft sich der Souveränität und Leitung des Allmächtigen Gottes“.

Wie total der Machtkampf ist, den Malan und seine Anhänger angesichts der Neuwahlen im kommenden Jahr immer schärfer führen, geht aus der neuerdings eingeleiteten Kampagne gegen die Gewerkschaften hervor, die bisher eine letzte Bastion demokratischer Freiheit bildeten. Unter willkürlicher Anwendung des Antikommunistengesetzes werden nach und nach die Gewerkschaftsführer, die sich für die Unterdrückten einsetzen, zum Rücktritt gezwungen, verhaftet oder anderweitig ausgeschaltet. Die Unterdrückten sind die Farbigen, auf deren Rücken der Kampf um totalitäre Macht ausgetragen wird, was der südafrikanischen Rassenfrage von heute einen modernen, unverwechselbaren Zug gibt. Die jetzige Situation ist in keiner Weise mit der vor 100 Jahren oder mit der in den USA vor Ausbruch des Bürgerkrieges zu vergleichen.

Man muß immer versuchen, politische Vorgänge aus ihren Ursprüngen heraus zu verstehen und besondere Umstände in Rechnung zu stellen — wie hier den, daß sich die südafrikanische Entwicklung weitgehend abseits von den großen Weltbewegungen vollzogen hat. Das enthebt einen jedoch nicht der Verpflichtung, eine entschiedene Haltung zu den Dingen einzunehmen. Wie der Ausgangspunkt auch sei — jeder muß heute die sadistische Verfolgung, der in Südafrika Millionen farbiger Mitmenschen Tag für Tag aus starren Prinzipien heraus unterworfen sind, auf das schärfste ablehnen! In einer Welt, in der Ralph Bunche lebt und über die der „Rassegedanke“ unsagbares Leid gebracht hat, darf es keine weiße Überheblichkeit mehr geben. Mit dem zweifellos vorliegenden Bevölkerungsproblem kann man auch anders fertig werden, wie das Beispiel der britischen Politik der Partnerschaft im Gebiet der Goldküste eindringlich zeigt, eine Integrationspolitik, die übrigens gerade durch Malan erheblich gestört wird, der in weite Teile Afrikas Unruhe und Unsicherheit hineinträgt. Letztlich ist der Kampf Malans ein Kampf gegen die Demokratie und die Rechte des Menschen und für einen politischen Despotismus, wie er rigoros kaum gedacht werden kann.

Die Chancen und das Gewissen

Damit wird jeder, der irgendwie mit der Südafrikanischen Union in engere Berührung kommt — sei es als Kaufmann, dem günstige Abschlüsse winken, sei es als Student, dem ein Stipendium angeboten wird, sei es als Einwanderer, den erleichternde Bedingungen locken —, vor eine persönliche Entscheidung gestellt. Darf er die helfende Hand einer Regierung annehmen, die täglich und stündlich die Menschenrechte verletzt? Darf er sich in dem Gefühl wiegen, er gehe nur als Privatmann nach Südafrika und könne sich von den politischen Vorgängen distanzieren? Wer heute voll im Leben steht, weiß, daß es in der Ära globaler Konflikte keine private Sphäre abseits vom Politischen mehr gibt.

C. H. D. Friedrich

Das Unbehagen an der Weltgeschichte

Neue Literatur zur Geschichtsphilosophie

Geschichtsphilosophie tritt in der abendländischen Geschichte auf als eine wesentliche Denkform des Bürgertums: zunächst als Voraussetzung und Resultat seiner Revolution. Was in den Fortschrittsphilosophien des 18. Jahrhunderts als »*Sa majesté le hasard*« bezeichnet wird, der Zufall, ist nichts anderes als das Weltgesetz selbst; von ihm distanzieren sich die Menschheit in fortschreitender Erkenntnis wiederum bestimmter Gesetzmäßigkeiten. Das Gesetz ist das Absolute und die Grenze des Menschen. Das Denken ist daher abhängig von einer vorgegebenen Realität und Praxis, dem Staat, über dessen Dialektik es sich dann privat seinen Sinn und Reim macht. Diese Ambivalenz des Denkens zur Realität — einerseits sie als Gesetz zu konstituieren und andererseits sich privat und fromm davon zu distanzieren; alles durchs Gesetz zu vereinzeln, zu relativieren und absolut zu fixieren und privat sich ein Reich der Freiheit, ein Universum außerhalb des wirklichen Universums, ein Reich der Bildung, wo die Negativität der Wirklichkeit von amore harmonisiert wird, zu schaffen — dies konstituiert die moderne Person, die wie Lafayette gewissermaßen „der Held zweier Welten“ ist. Wir finden denn auch in der Geschichte dieses Denkens die allmähliche Nihilisierung der Subjektivität durch die Methode allseitigen Verstehens, bis es schließlich ganz auf den Hund kommt, auf die Freudsche Libido und, noch schlimmer, auf den faschistischen Biologismus, der das Subjekt absoluten Determinationen unterwirft und die Vernunft und Selbstbestimmung dem Gesetz des Bios unterwirft.

Wer daher heute von der Funktion der Geschichtsphilosophie spricht, muß von der Sache selbst, wie sie geworden ist, ausgehen. Er wird mit Skepsis alle die Unternehmungen betrachten, die sich mit der „Krise unserer Zeit“, dem „Untergang des Abendlandes“ oder der „Vermassung“ betrachten. Sie tragen fast durchweg den Stempel ihrer Herkunft aus dem Denken des vereinzelt Einzelnen, der sich gegenüber der übermächtigen Objektivität und der Negativität der Fakten, mit denen wir es täglich zu tun haben, in ein absolutes Weltgesetz, ein Fatum zu distanzieren versucht. In einer Naturwissenschaft von der Geschichte machen sie uns zu bloßen Objekten der Weltgeschichte.

Deutlich kommt diese Funktion zum Ausdruck in der Geschichtsphilosophie Toynbees¹⁾, die heute so weit verbreitet ist. Arnold Toynbee, Professor für alte Geschichte und während des Krieges Direktor des Research Department des Foreign Office, gibt eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit, die in immer neuen Zivilisationen sich fortsetzt. Deren Voraussetzungen sind 1. eine schöpferische Minderheit, 2. eine nicht zu günstige und nicht zu ungünstige Umwelt. Ständiger Wechsel im Vorstoß und Rückzug jener Minderheit machen die Selbstbestimmung der Zivilisation aus, bis schließlich die Herausbildung eines Proletariats ihren Zusammenbruch einleitet. Immer wieder wird deutlich, wie sehr Toynbee die Gesellschaften als „Dinge an sich selbst“ behandelt und durch Vergleich und Analogie eine zweifellos vorhandene Tendenz hypostasiert. Für ihn ist das Christentum die einzige Macht, die die Geschichte transzendiert und innerhalb ihrer Zyklen eine geradlinige Kontinuität zeigt. So kann er schließlich seine massive Moral aus der Geschichte ziehen und sie dann jenseits des Subjekts wie ein mythisches Verhängnis aufhängen, aus der Geschichte ein Zwitterding aus Theologie und Naturwissenschaft machen; denn Naturwissenschaft ist es, wenn ich die rein immanente Gesetzmäßigkeit der Kultur jenseits der subjektiven Selbstbestimmung als das Gesetz der Kultur überhaupt behaupte.

Naturwissenschaft ist es auch, wenn der „Militarismus“ aus einer Zahl von historischen Beispielen destilliert wird, als eine — oder die — Triebkraft der staatlichen Entwicklungen. Der Historiker Toynbee triumphiert über den Geschichtsphilosophen Toynbee, der in der Erfüllung des challenge die Fortdauer einer Kultur erhofft. So deutlich nämlich er uns darstellt, wie auf Gewalt gegründete Systeme neuer Gewalt weichen müssen, so wenig zeigt sein Buch, wie die Menschen dieses Verhältnis ändern könnten — es sei denn, daß die derzeit herrschende Gewalt noch gewaltiger, nötigenfalls auch gewalttätiger wird, als Weltmacht nämlich. Da wird dann Freiheit ein Mythos, eine Sage, ein Schlagwort an Stelle der Idee von Freiheit.

Pitirim A. Sorokin²⁾ geht in seinem Buch „Die Krise unserer Zeit“ von seiner Theorie der Kultursysteme aus; von denen unterscheidet er im wesentlichen drei: 1. das sensorielle System (sensitive); 2. das ideationelle System; und 3. das idealistische System. Das sind die eigentlichen Supersysteme, die die tatsächlichen letzten Normen einer Kultur angeben. Sehr abgekürzt kann man sagen, daß das sensorielle System die Sinne für das Kriterium der Wahrheit hält, das ideationelle dagegen das, was jenseits der Sinne liegt, Gott, während das idealistische eine Synthese von beiden darstellt und die Realität als eine „mannigfaltige Unendlichkeit“ betrachtet. Sorokin gibt implizit dem Denken wieder seinen Rang, in dem er gewisse Denkstrukturen auch als verbindliche Kriterien der Kultureinheit annimmt. Die Krise unserer Zeit bestünde also darin, daß wir im Übergang von der bisherigen euro-amerikanischen sensorialen Kultur zu einer neuen ideationellen leben. „Das entscheidende Problem unserer Zeit geht also nicht darum, ob Demokratie gegen totalitäres System, ob Freiheit gegen Despotismus, ob Kapitalismus gegen Kommunismus kämpft, noch liegt es an irgendeiner der geläufigen Streitfragen, wie sie täglich von Staatsmännern, Professoren, Politikern, Geistlichen, Journalisten und Versammlungsrednern öffentlich diskutiert werden. Alle diese populären Streitpunkte betreffen nur kleine Minderheiten, bloße Abfall-

produkte des entscheidenden Hauptstreites: die sensorielle kommt darauf an, sie abzukürzen“. „Unsere Arznei ist, daß sich die Mentalität der Zeitgenossen völlig ändere, daß unser Wertesystem sich grundlegend wandle und daß wir uns in dem Verhalten zu den Mitmenschen, zu den Kulturwerten und zur Welt überhaupt tiefinnerlich ganz anders einstellen.“

Man kann leicht feststellen, daß das den Geruch verpönter oder pfäffischer Weltverbesserung an sich hat; aber man bringt sich dadurch auch um den Gewinn, den man sich durch eine aufmerksame Lektüre von Sorokins immerhin redlicher, rationaler, keineswegs untergangssüchtiger oder eitler Analyse verschaffen kann. Sein russischer Geschichtsidealismus, der von den Slawophilen und Westlern herkommt, die ihren Hegel gelesen haben, sucht den tieferen Sinn unter der lauten Oberfläche der Tatsachen, die er oft mit einem sehr männlichen Sarkasmus kritisiert. Es ist der Idealismus eines verkehrten bolschewistischen Kommissars, der, in seiner russischen Substantialität, das Absolute wieder in die Welt einführen will. Sehr einfache Wahrheiten strahlen für diejenigen oft eine eigentümliche Leere aus, die die subtilen und pessimistischen Theorien gewohnt sind.

In ähnlicher Weise sieht Erich Kahler³⁾ in seinem kürzlich erschienenen Band von Aufsätzen unter dem Titel „Verantwortung des Geistes“ die Krise in dem ‚Verfall des Wertens‘. „Religionen und Traditionen — sagt er — waren es, die ursprünglich Werte geschaffen und gepflegt haben. Aber nicht nur kultivierten sie Werte, sie lehrten ihre Menschen, atmosphärisch, klimatisch gleichsam, aber auch ausdrücklich, wie diese Werte im täglichen Leben anzuwenden seien, wie gemeinschaftlich gültige Haltungen und Eigenschaften in konkreten Situationen lebbar sind.“ Aber Kahler erweist sich selbst dem ‚Verfall des Wertens‘ unterworfen, wenn er jene wertfreie Bildungswelt restaurieren will, für die die Reformation so gut wie die Französische Revolution und Gide so gut wie Kafka ist, ohne daß er alle diese Erscheinungen durch bestimmte Begriffe auseinanderhielte.

Dasselbe gilt auch für Hendrik de Mans⁴⁾ neues Buch „Vermassung und Kulturverfall“. De Man, der vor 1933 durch einige Bücher zur Psychologie des Sozialismus und den Gedanken des ‚Plans‘ als eines Instruments der Politik der Arbeiterparteien die Theorie zu seiner staatsmännlichen Tätigkeit entwickelte, knüpft in seinem neuen Buch nicht an diese Themen an. Er beschränkt sich auf die sozialpsychologische Analyse einer Entwicklung, die „die heutige Welt in den Malstrom des Weltkrieges in Permanenz hineintreibt“. Die Fakten und Tendenzen des Niedergangs, die er feststellt und wenigstens nicht in ein anspruchsvolles System zwingt, sind im einzelnen lesenswert. Im ganzen dokumentieren sie die Flucht dieses bedeutenden Mannes aus der konkreten politischen Verantwortung. De Mans Diagnose endet in dem sehr vorsichtig vorgetragenen Schluß, „daß der Strom, der uns jetzt trägt, mit zunehmender Geschwindigkeit einer Katastrophe zutreibt“. Er distanzieren sich zwar von den ‚Unglückspropheten‘ und möchte das Wort Katastrophe im griechischen Sinn verstanden wissen, als „eine Umkehr der Dinge, ein dénouement, eine plötzliche Wendung, die einen dramatischen Knoten löst“, aber er ist klug genug, nichts Bestimmtes darüber auszumachen. Zwei mögliche Auswege: „Der eine hängt überhaupt nicht von uns ab, sondern von den Mächten — von den einen Vorsehung, von den andern Schicksal oder bloß Zufall genannt —, die in der Biologie Mutationen, in der Geschichte Wendungen und Katastrophen hervorrufen und deren Ursprung für unsere Vernunft unfaßbar ist. Der andere mögliche Ausweg (der übrigens in unsichtbaren Tiefen mit dem ersten zusammenhängen dürfte) kann von den Menschen auf Grund von freien und bewußten Willensentscheidungen gewählt oder abgelehnt werden.“ Der Appell an das Gewissen ist der Weisheit letzter Schluß. Psychologismus, der am Ende untergeht in dem Gegenstand seiner Kritik in Mythos, Mythologie und Fatalismus, hindert de Man einzusehen, daß das vereinzelt Subjekt, das Gewissen, eben das Verlorene ist und in seinem grenzenlosen Raisonnement ohne einen Glauben an das „Schicksal“ oder den „Weltlauf“ oder eine sonstige Leerheit gar nicht mehr auskommt.

Dieses vereinzelt Subjekt hat kürzlich Theodor Litt⁵⁾ in einer Schrift „Der Mensch vor der Geschichte“ zu beschreiben versucht und seine Haltung als „Flucht vor der Geschichte“ gekennzeichnet. „Und zwar Flucht in jenem doppelten Sinne, den das Wort ‚Geschichte‘ umschließt. Man sucht der Wirklichkeit zu entfliehen, die uns in Gestalt von geschichtlich gewordenen Zuständen umgibt und in Gestalt von geschichtlich relevanten Ereignissen anfordert, und man versucht die Gedanken von sich abzudrängen, zu denen der Anblick dieser Wirklichkeit, mag sie nun als Gegenwart an unseren Willen oder als Vergangenheit an unsere Einbildungskraft appellieren, uns so vernehmlich einlädt. Im Sein wie im Bewußtsein strebt man einer außen- und übergeschichtlichen Zone zu.“ „Die Flucht vor der Geschichte wird eine Flucht vor der Politik... eine Flucht in die Innerlichkeit.“ Aber wo anders als in der Innerlichkeit lassen sich die Verhältnisse von Denken und Sein, von Geschichte und Wollen, von Schicksal und Freiheit so abstrakt erörtern? Litts Beitrag bleibt daher wesentlich erbaulich, denn es stehen ja heute nicht die formalen Verhältnisse, sondern die gesellschaftlichen, materialen Bestimmungen solcher Dinge wie des „Staates“ in Frage. Mit einer solchen Geschichtstheorie bin ich daher immer durch den Gegensatz bestimmt, durch einen Abgrund, ein Gespenst wie die Barbarei, der ich zuvorkommen muß, aber nicht durch die Sache selbst.

Politik ernst nehmen hieße, daß ich sie nicht nur als ein mir äußerliches Feld, als moralisches Gebot, erfahre, sondern z. B. daß ich den Kampf gegen die Konkurrenz aufnehme — die man mit Litt auch Notwendigkeit nennen kann.

Eugen Rosenstock⁶⁾ faßt seine gedankenreiche Geschichtsspekulation zusammen in einer neuen Auflage seines Buches von 1930: „Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen.“ Die Revolutionen Europas, von der Papstrevolution des Mönch Hildebrand bis zur russischen und (dem wichtigen Gedanken) der Revolution durch die beiden Weltkriege sieht er als die eigentliche Tradition Europas an, die auf eine Ökonomie und einen Sinn der Geschichte deutet. Rosenstock ist Christ, für ihn ist Geist Heiliger Geist, den wir zwar nicht a priori erkennen können, sondern glauben müssen, der aber auch kein blindes Schicksal ist. Er sieht den Sinn der europäischen Geschichte darin, daß die Nationen verschiedene Seiten des Menschenwesens auszubilden hatten, die nun in der heutigen Bedrohung in wechselseitiger Erziehung und Korrektur zusammengefaßt werden sollten. „Die Erziehung des Europäers im restaurierten Europa wird mithin ein gemeinsames Anliegen aller europäischen Völker! Deshalb ist heute Erziehung die große Losung Europas. Unser Buch legt den Grund zu dieser Losung dar.“ In dem Postulat werden ihm alle Vernünftigen zustimmen. Aber Erziehung geschieht nicht und kann nicht geschehen außerhalb der Gesellschaft (wie es die Jugendbewegung glaubte); und wenn dem so ist, dann kommt die entscheidende Frage, wie Erziehung heute richtig möglich ist, die Frage nach den materiellen (dazu auch gesellschaftliche zu rechnen sind) und ideellen Bedingungen von Erziehung.

Von einer außerordentlichen Neuerscheinung ist noch zu berichten. Das ist Löwiths⁷⁾ Buch „Von Hegel zu Nietzsche“. Hier ist aus einer umfassenden Sachkenntnis eine Geschichte der hegelschen Philosophie und zugleich eine Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts geworden. Die ungeheure Problematik dieser Epoche, die von Hegel und Goethe, Kierkegaard und Marx, Donoso Cortes über Sorel und Nietzsche bis ins Dritte Reich verfolgt wird, ist aus der Sache heraus beschrieben und mit zahlreichen Zitaten belegt, von denen keines unnötig oder bloß gelehrt erscheint, sondern die in einem durchdachten Zusammenhang stehen. Daß dabei außer Hegel und Goethe (deren Verhältnis einleuchtend dargestellt ist) die beiden größten Schüler und Kritiker Hegels, Marx und Kierkegaard, den breitesten Raum einnehmen, versteht sich von selbst.

Wir haben einige der wichtigsten Neuerscheinungen zur ‚Geschichtsphilosophie‘ (in einem weitesten Sinne) Revue passieren lassen. Das gibt noch keinen Begriff, vielleicht aber das Bild zu einem Begriff, die Anregung und Anschauung dazu. Alle diese Werke haben gemeinsam die Tendenz, ins Theologische hineinzuspielen, von der „Großen Geschichte“ und ihrer Gesetzmäßigkeit Zeugnis zu geben. Das zeigt die Gefahr und das Problematische der Geschichtsphilosophie heute überhaupt. Sie ist weitgehend selbst eine Äußerung der Flucht aus der eigenen Geschichte, der Flucht aus der Politik, fort von der „Forderung des Tages“ in ein davon getrenntes, abstraktes Reich des Gedankens.

Innerhalb solcher ‚Geschichtsphilosophie‘ wird alles Reden von Selbstbestimmung durch seinen Zusammenhang desavouiert. Die Naturwissenschaft von der Kultur, die so etabliert wird, ist daher nichts anderes als wissenschaftlich formierte Mythologie, die von aller Einzelheit und vom einzelnen Menschen absieht, um ihre Entitäten und blinden Gesetzmäßigkeiten zu traktieren. Seien wir mißtrauisch gegen die Verführung zur „Großen Geschichte“ und nehmen wir die „Kleine Geschichte“, die story unserer eigenen Existenz, ganz ernst, wo der Lastenausgleich, und das Gespräch heute abend mit der Freundin und das Examen übermorgen wichtige Dinge sind. Wenn Verstand und Menschenwürde realisiert werden sollen, dann müssen sie da realisiert werden und nicht in der Gespensterwelt der „Kulturzyklen“.

Siegfried Braun

- ¹⁾ Arnold J. Toynbee, Krieg und Kultur, der Militarismus im Leben der Völker, 169 S., W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Köln.
²⁾ Pitirim A. Sorokin, Die Krise unserer Zeit, ihre Entstehung und Überwindung, 287 S.,
ders., Die Wiedererhebung der Menschenwürde, 245 S., beide im Joachim-Henrich-Verlag, Frankfurt am Main.
³⁾ Erich Kahler, Verantwortung des Geistes, Gesammelte Aufsätze, 298 S., S. Fischer-Verlag, Frankfurt am Main.
⁴⁾ Hendrik de Man, Vermassung und Kulturverfall, Eine Diagnose unserer Zeit, 208 S., A. Francke-Verlag, Bern.
⁵⁾ Theodor Litt, Der Mensch vor der Geschichte, 38. S., Carl Schünemann-Verlag, Bremen.
⁶⁾ Eugen Rosenstock-Huussy, Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen, 583 S., W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Köln.
⁷⁾ Karl Löwith, Von Hegel zu Nietzsche, 464 S., W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Köln.

Selbstanzeige

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in der letzten Nummer des DISKUS eine Zusammenstellung von Zitaten aus Ernst Jüngers neuestem Buch „Besuch auf Godenholm“. Die Zusammenstellung geschah in kritischer Absicht, und Motto sowohl wie gewisse harte, durch Sperrungen noch verdeutlichte Kontraste ließen, so nahmen wir an, darüber keinen Zweifel. Der Verleger des Buches meint jedoch in einem an uns gerichteten Brief, daß die gewählte Überschrift beim Leser die irriige Vorstellung hervorrufen müsse, es handle sich um eine vom Autor selbst getroffene Auswahl.

Diese Vermutung zwingt uns zur Richtigstellung eines Druckfehlers. Der Titel — unzweideutig gemeint — hatte so aussehen sollen:

„Selbst-Anzeige“

Wir bitten um Entschuldigung für Setzer und Korrektor.

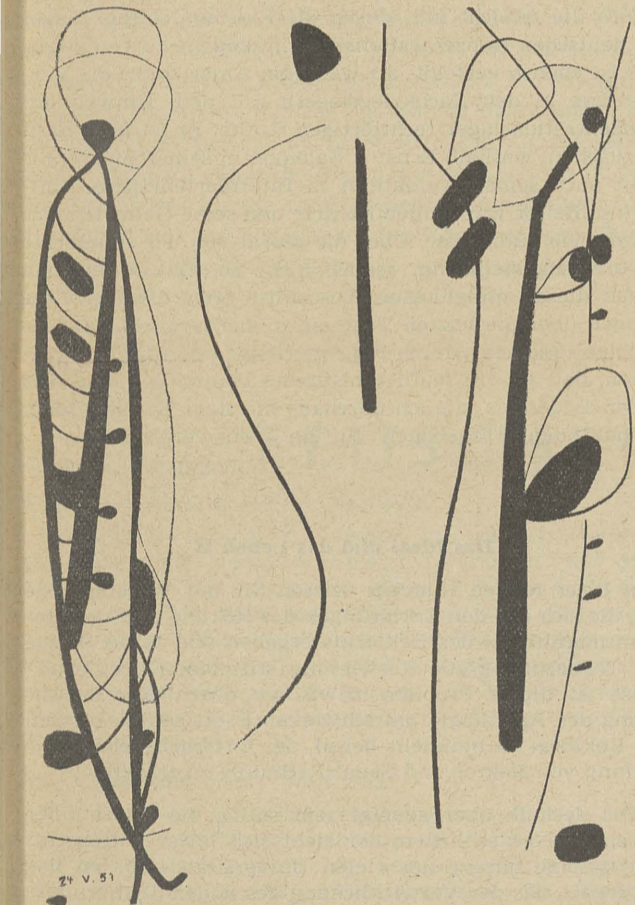
Die Redaktion

Displaced pictures

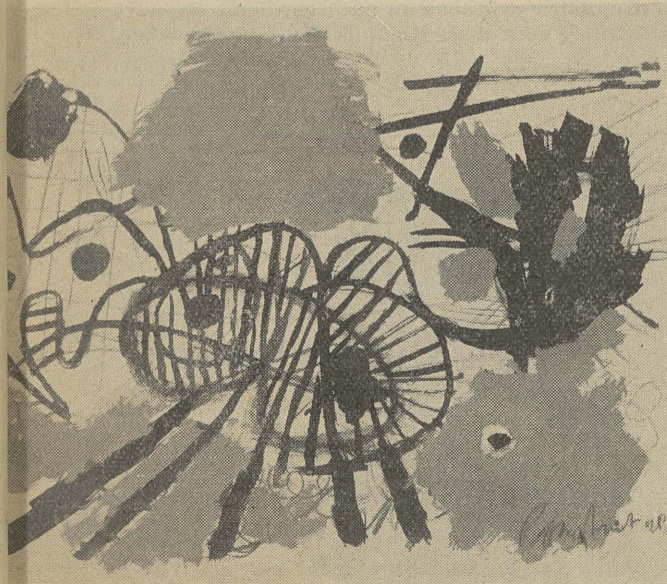
Hier sind einige Bilder beisammen. Sie haben keine Unterschriften, und damit ist das wesentliche Vergnügen dahin, das wir an Bildern, die nicht an der Zimmerwand hängen, haben wollen: sie stimmen nicht. Denn von der



Feststellung, daß ein Bild dem Titel entspricht, das auf dem Blechtäfelchen unter ihm steht, oder von der, daß es wirklich wohl von dem dort angegebenen Maler stamme, wie Gebildete aus Stil und Malweise sich zu bestätigen pflegen, von dieser Feststellung geht seit Museumszeiten der bil-



dende Kunstgenuß aus, der im eigenen Bescheidwissen sich spiegelt. Dies Bildungsspiel ist seit acht Jahrzehnten immer künstlicher und schwieriger geworden. Denn schon die Impressionisten haben Bilderrätsel aufgegeben, und sie schwerer gemacht, indem sie ihre Werke immer unbe-



stimmter benannten. Enger wurde so die Verpflichtung, nicht das Bild, sondern den Maler zu identifizieren. Wo aber er unbekannt ist, und die Informiertheit nicht mehr ausreicht, um ihn einer Gruppe zuzurechnen, reißt die Verbindung der Welt zu den Bildern völlig ab. D.P.s der Kunst — displaced pictures — sind sie, ohne Heimatschein, und keine Wohnung bietet ihnen Platz. Ebenso verhält man sich zu ihnen: mit tiefstem Mißtrauen, und zugleich vermeidet man, sie näher anzusehn.

Einige zwar verraten noch Herkunft. Man fühlt sich vage erinnert. Der Linoleumschnitt phantasiert über einer malaisischen Kriegermaske; ihre Züge sind wie durch Facetten zerspalt, aber das Lauernde bleibt darin. Das weiße Profil dahinter scheint ein Kopf, auftauchend aus schwarzer Unterwelt. Er trägt die Maske auf sich wie eine Tätowierung, eine riesige, unkenntlich machende Narbe. Das wäre etwa die Vorgeschichte. Aber die Gegenwart des Bilds ist der Zustand, daß die zerstörten Formen in ihm neu konstruiert sind und auf die Ähnlichkeit nur mehr den geringsten Wert legen. Wie die Anatomen Physiognomie und Schönheit des Leibes vor langem den Künstlern überlassen haben, so folgen nun Bilder dem gleichen Weg nach. Will Hoffnung noch ans Profil sich halten, so weicht auch dieses dem zugreifenden Blick aus, wird Figur und weist zurück auf die kräftigere schwarze, in der so vieles sich begibt an Widerstreben, Kreisen und Verklammerung. So schwindet allmählich das Interesse am Vertrauen, das sich entfremdet hat, und es lernt sich der Mut, im ganz Unbekannten neu anzufangen.

Ob das Tier auf dem Gouache links unten ein Kampfstier gewesen sei oder ein Pferd oder Zebra, ob es ein phantastisches Reittier abwarf oder von einem geflügelten Unwesen attackiert oder von Explosionen zerfetzt, ein letztes Mal sich aufbäumt — all das wird in solchem Moment des äußersten Schreckens unwichtig. Das Unbegreifliche widersteht den Begriffen. Die Rekonstruktion des Tatbestands stellt die Elemente zusammen — kein Boden mehr, nichts, was „umgibt“, nur noch Flecken und Anflug, ein Sichstemmen, Verknäuelung, eine letzte flüchtige Erinnerung an einen Tierschädel; und das Bild, das in die Träume verfolgte, dessen unzählige Variationen Wirklichkeit waren und sind und wieder werden können — ins kaum noch kenntliche Wesen schlechthin schmerzverzerrt, erinnert es eindringlich an die todverwandte Einheit alles Lebendigen, die alle andere, auf Unterschied und menschliche Erhabenheit drängende Kunst suspekt macht. Es hebt die Distanzen auf; so nahe rückt es, daß Kritik zur Leugnung des Faktums beitrüge, und das ästhetisch beleidigte Wegsehen Verblendung gegen die reale Gefahr gleichkommt.

Eine graphische Darstellung ist die Zeichnung von schwarzer Kreide. So wenig verständlich wie Querschnitte des physiologischen Lehrbuchs oder wie technische Zeichnungen für den Laien. Nur daß hier die Darstellung ohne Text bleibt, und wie eine ausgerissene Seite die Phantasie auf die Probe stellt. Was ist es also? Zwei Stadien einer Metamorphose, oder das männliche und das weibliche Prinzip, — ein Geschehen, ein Symbol, ein Schema, oder ein Stück brünstiger Phantasie, die einer reklamebildkranken Sehgewohnheit abschwor und Versuche eines ganz neuen Anfangs unternahm? Ein einziges Schweifen, aus zaghaftester Erinnerung angesetzte Verfestigungen und Punkte des Anhalts, das ist, was übrig blieb. Die Freiheit wird größer in dem Maß, in dem sie auf die Assoziation ans zum Überdruß angepriesene Bekannte verzichtet.

Das Relief, aus Schiefer geschnitzt, ist ganz bei sich. Schon der Blick, der darauf fällt, und der immer von oben einzudringen scheint, ist ihm feindlich. Denn dieser Blick möchte es erkunden, wie er es aus Fliegeraufnahmen gelernt hat, verletzbarere Stellen erspähend, bereit zur Verachtung fürs Preisgegebene, das wehrlos und damit schon primitiv scheint. Aber vielleicht ist der Blick selbst entlarvt, der sich auf diese Weise zum Weltfeind gemacht hat, und dem das Zarte, das nicht den Zwecken vollkommen Unterworfenene, ein ganz verschollenes Stück bloßer Sichtbarkeit der Existenz nicht mehr würdig dünkt. Oder wäre das eine Täuschung? Denn nicht nur die tiefen Schatten, auch die Wülste, ineinandergepreßte Ver fugungen, manches, das nun gespannt, und anderes, das klobig scheint, es bedrängt einander, und nicht mehr ganz zu verschrecken ist der Verdacht, auch hier könnte ein Bollwerk, eine Falle vielleicht, angelegt sein, vor dem auf der Hut zu sein geraten ist. Natürlich, es bleibt harmlos, schon darum, weil es wahrscheinlich keinen Käufer finden wird; aber es war ein Abenteuer des Blicks, und es könnte eine Lehre gewesen sein.

Schließlich ist da ein Ölbild. Sein Original ist beinahe anderthalbe Meter hoch, voll Weiß, Rot, erdigem Grün und Braungrau, und Schwärzliches wirkt nur vom linken Rand oder als Schatten unter hellem Licht. Auch hier ist nicht eigentlich mehr ein Unten und Oben vor uns, sondern eine Daraufricht, nun aber aus großer Nähe. Das eigene Körpermaß vor dem des Bildes macht seine Formen wieder greifbar, die Naturdinge scheinen wie Steine, Muscheln, Blüten und Schäfte. In solchem Format lernt es sich leichter unterscheiden, was sich fassen ließe und wo die Bewegung nicht gestört werden mag. Die Phantasie verzichtet leicht auf die Benennung oder die Identifizierung der Details. Hieße das Ganze etwa „Terrarium für Farben“, wäre mans schon zufrieden, denn dann würde es ja „stimmen“. Da es aber wohl nicht so ist, bleibt die Einbildungskraft frei, und vielleicht würde sie es am Ende verlernen, an Namen, die alle verbraucht erscheinen, sich fest zu halten.



Bisweilen aber kommt einem diese Beziehung und dies Heranrücken mit allem, was Erfahrung ist vor Bildern und Bekanntschaft mit einer Welt, die aus Dingen mit Zweck und Namen besteht, vor wie unzüchtige Phantasie: alles in Wunschbilder zu verwandeln, unfähig zu sein für die ganzen Bilder, aus denen einiges assoziiert wird, und anderes vernachlässigt. Askese will nur Formen und Konstruktionen dulden, die auf sich selbst gestellt bestehen können. Eine fragwürdige Askese, die hoffärtig der Welt ganz abschwört, in der wir nun einmal leben. Aber sie ist ebenso ein Stadium vor diesen Bildern, ein Stück Sammlung, von der aus die Phantasie ein zweites Mal entspringt, um im Bild zu forschen, was es erfinden konnte in einer Welt, die inzwischen gezeigt hat, daß ihre Gestalten sich auch anders wieder zusammenfinden können, als mans gedacht hatte. Mut, daß auch im ganz Unerwarteten, wo das Vertraute unzuverlässig wurde und das Unverständliche zur Gewohnheit, nicht notwendig der Untergang und das erwartete Nichts einsetzen sondern Möglichkeiten unendlich sich auftun — Mut ist das geheime Signum dieser Bilder.

R. Glasheber

Die Bilder dieser Seite verdanken wir der „Zimmert Galerie Franck“ in der Böhmerstraße 7 in Frankfurt. Die Bilder sind — von oben nach unten genannt — von Raoul Ubac, Boris Kleint, Constant, Bernard Schulze, Otto Greis.



Der überempfindliche Studiosus

D. Martin Luther zum ersten: „Die Universitäten bedürften auch wohl einer guten, starken Reformation. Ich muß es sagen, es verdrieße, wen es will.“

Die Geschichte fängt an wie ein Märchen, sie ist aber keins.

Es war einmal ein frischgebackener Abiturient, der ging vor einiger Zeit in hiesiger Stadt zur Universität und bewarb sich um die Würde eines akademischen Bürgers. Seine Bewerbung hatte Erfolg, das war damals gar nicht so einfach. Er wußte genau, was er wollte: Betriebswirtschaft „studieren“! Von wegen des kurzen Studiums und dem vielen Geld, das nachher damit zu verdienen ist... Der neue Staat braucht viele Männer der Tat und noch mehr „Männer der Wirtschaft“ — so meinte nicht nur der junge Student.

Es wurde ein Kollegplan erstellt. Mit stolz geschwellter Brust begab sich der Jüngling zu seiner ersten Vorlesungsstunde. Sie fand laut Anschlag in einem Hörsaal „H“ statt. Schon im Treppenhaus fiel dem Helden unserer Erzählung ein großes Gedränge auf. Nun, das ist in einem öffentlichen Gebäude wohl so üblich, dachte er bei sich. Er fand denn auch die richtige Tür, öffnete sie selbstbewußt — und befand sich mitten in einem riesigen brodelnden Hexenkessel. Nach einigen Schreckminuten und mehrmaligem tiefen Schlucken begann er, sich nach seinem Sitzplatz umzusehen, und las mit Verwunderung die festgeklebten Zettel auf vielen Plätzen des Inhalts, daß der Platz bereits belegt (zu Deutsch: besetzt) sei. Während er sich noch wunderte, klingelte es, neue Menschenmengen strömten in den Saal, alle Plätze füllten sich rasch, der neue Studiosus wurde an die Wand gedrängt, ein lautes Getöse setzte ein, es wurde still im Saal, und ganz vorne unten begann ein Herr zu reden, das war der Herr Professor, auf den sich unser Freund schon so lange gefreut hatte. In seinem noch etwas kindlichen Schulgemüt dachte er jetzt: der sieht mich ja gar nicht. Er konnte überhaupt nicht aufmerksam zuhören, konnte keinen klaren Gedanken fassen; er stand an der Wand und fragte sich ständig: was wollen die vielen Leute hier? Sind das alles Kommilitonen? (das schöne Wort hatte er gerade vor einigen Minuten neu gelernt, den Unterschied zwischen Mensa und Mensur kannte er schon vorher). Während der Studiosus noch überlegte, läutete es schon wieder. Alles strömte zu den Ausgängen, der Herr Professor ging in der Menge unter. An den Türen spielten sich Ringkämpfe ab mit anderen, frisch hereinströmenden Scharen, die niemanden heraus lassen wollten. Unser Freund, zwar ein kommender „Mann der Wirtschaft“, aber trotzdem zartbesaitet, begab sich klopfenden Herzens zu seiner nächsten Vorlesung in den Hörsaal „S“. Schon von

weitem sah und hörte er ähnliche Szenen wie kurz zuvor. Er drehte sich um und wollte laut weinend davongehen. Als mitfühlende Seelen seinen Kummergrund erfahren hatten, trösteten sie ihn mit dem Hinweis auf die Seminare: da kommen nur 200, in einigen sogar nur 50! Da schluchzte der Studiosus laut auf und ging nun endgültig von dannen.

Der Studiosus hatte in der Schule immer gut aufgepaßt. Er wußte etwas vom Massendasein des modernen Menschen. Er hatte Le Bon und Ortega gelesen und stand natürlich weit über all diesen Dingen. Das konnte ihm nicht passieren, und dafür studierte er ja auch schließlich. Und jetzt diese plötzliche Konfrontation mit einer ganz gefährlichen Art von Masse zu der er selbst gehörte, die sich mit „Herr Kommilitone!“ anredet und in den Seminaren einander die Stühle wegnimmt. Jetzt wußte er auch, was die vielen jungen Leute — einschließlich ihm selbst — alle da wollten: dieses Kollektiv wollte so schnell wie möglich reich werden.

Unser junge Mann blieb viele Wochen zu Hause und erholte sich. In dieser Zeit ging er in sich. Als das neue Semester anfang, ließ er sich in die philosophische Fakultät umschreiben. Er fand nun nette Räume wie das Zimmer 57 oder den Hörsaal „N“ mit wunderbaren Professoren mit schönen, alten Stehkragen, Bärten, ausländischen Namen und oft wunderlichen Lebensschicksalen. Der Student wurde nach seinem Namen gefragt und — mit demselben angedredet! Unser Held weinte wieder, vor Freude! Er hatte wieder einen Namen und nicht nur eine fünfstellige Matrikelnummer; er war der Masse entronnen!

Der Studiosus lebt und studiert noch heute. Auf die Frage nach seinem Studiengebiet nennt er eine ganze Menge Dinge. Der Bogen spannt sich von Tibetisch über die Theologie bis zur Politik. Wenn man ihn mitleidig zu belächeln versucht, lächelt er noch mitleidiger. Er freut sich seines Lebens und ist mit seiner Alma Mater wieder ausgesöhnt. Daß er auch einmal zu einem Ziel kommt — wenn er es auch noch nicht so genau kennt wie viele andere Studiosi — steht für ihn fest; denn er ist nicht weltfremd und verfügt über einen sehr gesunden Realismus.

Vor allem rät er jedem davon ab, es ihm nachzutun.

D. Martin Luther zum anderen: „Wir sollten auch nicht Jedermann in die hohen Schulen schicken, wie jetzt geschieht, da man nur nach der Menge fragt, und ein jeder einen Doctor haben will, sondern allein die Allergeschicktesten, in den kleinen Schulen zuvor wohl erzogen, darüber ein Fürst oder Rath einer Stadt Acht haben sollte und nicht zulassen andere zu senden denn wohl Geschickte. Ich habe große Sorge, die hohen Schulen sind große Pforten der Hölle...“

Heinrich Pelkner

fasser der Kritik treffend bemerkt, ein Schelm, und sein Buch ist ein Schelmenroman, aber ein gelungener.

Er ist ein Schelm. Berechtigt ihn dies nicht gerade, etwas über seine Mitschelmen auszusagen? Er kannte sie alle, die aufgeblasenen Glücksritter seiner Zeit. Er sieht sie nackt und geniert sich nicht, sie uns so nackt zu präsentieren. Dabei ist er selber nackt, und versucht auch nicht, sich zu bedecken. Insofern darf man ihm getrost bestes Wissen und Gewissen bescheinigen. Dies alles ist dargestellt in jener frisch-fröhlichen Unbekümmertheit, einer Freimütigkeit, an der sich jede Kritik die Zähne ausbeißt, ohne ihr eigentlich etwas anhaben zu können. Denn v. Salomon bricht der Kritik von vornherein die Spitze ab. Was man ihm vorwerfen kann, steht alles in dem Buch. Letztlich ist gerade diese Biographie ein Dokument einer Zeit und der Weltanschauung dieser Zeit: Oberflächendasein ohne jede tiefere Bindung, Eudämonismus in seiner reinsten Form. Der Verfasser sagt über sich selbst in der Antwort auf Frage 19 des Fragebogens, daß ihm die Organe für Religion, Metaphysik, Mathematik, Lyrik und Musik fehlen. Was bleibt also? Ein unbekümmertes Dahinvegetieren am Rande. Ein Zustand, der nicht nur Herrn v. Salomon eigen ist, sondern, wie gesagt, den Geist einer ganzen Epoche kennzeichnet. Und darum steckt viel Wahres in dem Buch, und zwar schwarz auf weiß, nicht zwischen den Zeilen, jenem heute so beliebten Tummelplatz des Wahren und scheinbar Wahren.

Gewiß, an manchen Stellen versucht der Verfasser, sich eine Art eigene Ethik zurechtzubiegen und verfällt dabei einem Pathos, dem er selbst nicht gewachsen ist. Hier wirkt er unglaubwürdig. Der Bericht gleitet ab ins sinnlose Gefasel. v. Salomon besitzt, wie er sich selbst bescheinigt, kein Organ für Tiefe, und er beweist das zugleich, indem jeder Versuch der Tiefenbohrung mißlingt. Darum läßt der letzte Teil des Buches, in dem er die Verhältnisse in amerikanischen Interniertenlagern behandelt, unbefriedigt. An der Wahrheit der Schilderung ist nicht zu zweifeln. Wer sich einmal in amerikanischen Gefangenenlagern aufgehalten hat, kann sie bestätigen. Bei Salomon schwingt jedoch die Absicht mit, durch die Existenz solcher Lager die deutschen Konzentrationslager irgendwie zu verdecken. Das ist ebenso verfehlt, als wenn ein Amerikaner die Verhältnisse in den Nachkriegslagern mit dem Hinweis auf Konzentrationslager rechtfertigen wollte. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb Ernst v. Salomon in seiner Biographie nicht auch seinen Aufenthalt in Interniertenlagern schildern sollte. Er war schließlich drin und seine Geliebte auch, obwohl sie Jüdin war. Über die Moral von der Geschichte zu urteilen, steht ihm jedoch nicht zu. Betrachtet man neben diesen mißglückten Abschnitte etwa die Aufzeichnungen über die letzten Tage eines oberbayrischen Dorfes vor der Besetzung durch die Amerikaner, so muß man zugeben, daß sie ein feuilletonistisches Glanzstück sind. Bei vielen Bedenken, die ich durchaus mit dem Kritiker teile: ich halte den „Fragebogen“ für ein lesenswertes Buch.

Wendelin Leweke

Briefe an die Redaktion

Betrifft: Ernst v. Salomon

In der Aprilnummer des „Diskus“ erschien eine Kritik an dem heißumstrittenen Buch des Herrn v. Salomon. Die Kritik war heftig. Die Verteidigung, die in diesen Zeilen angestellt wird, soll — wenn man sie überhaupt als Verteidigung bezeichnen darf — nicht so heftig sein. Der Mann Salomon wird nicht verteidigt, er ist es nicht wert. Er ist zweifellos ein politischer Abenteurer, eine jener Pflanzen, die am Rande der Geschichte gedeihen, und zwar vortrefflich gedeihen. (v. Salomon weist mit Nachdruck auf seine Vorliebe für gutes Essen und seinen entsprechenden Körperumfang hin). Am Anfang seiner Laufbahn steht ein politischer Mord: das Attentat an Rathenau. Er war nicht selbst der Mörder, aber er war dabei. Über die moralische Rechtfertigung von politischen Morden streiten sich noch heute die Gelehrten. Immerhin darf man annehmen, daß v. Salomon dieses eine Mal mit wahrer Hingabe dabei war, wenn es auch nur der Eifer eines jugendlichen Hitzkopfes war. Später sah er die Sinnlosigkeit eines solchen Unternehmens ein, es war für ihn eine Enttäuschung. Was folgt, ist Skepsis, er nimmt nichts mehr ernst. Er sieht, wie er zurecht kommt, und das gelingt ihm großartig. Überall ist er irgendwie dabei, aber nirgends verantwortlich. Ein Talent, um das man ihn fast beneiden könnte — wenn wir nicht, ach, so moralisch wären. Aber schreiben kann er, und darum darf man ihn wirklich beneiden. Er ist, wie der Ver-

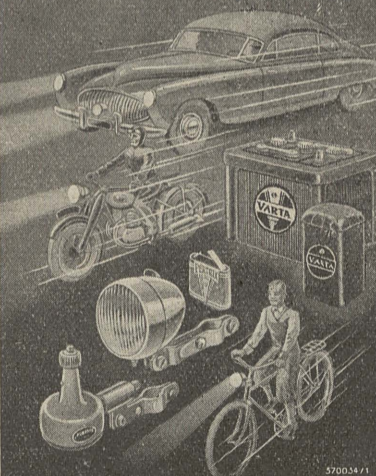
Das Ideal und das Leben II

In Ihrer letzten Nummer wiesen Sie auf Widersprüche hin, die sich aus den Erklärungen des Rektors und den Bekanntmachungen des Rektorats ergaben und in der Frage der Testierung große Verwirrung stifteten. Erfreulicherweise ist dieses Problem inzwischen durch eine Berichtigung des Anschlages am schwarzen Brett gelöst worden: das Rektorat ist nunmehr bereit, der fortschrittlichen Einstellung von Rektor und Senat Rechnung zu tragen.

Wer deshalb aber geneigt sein sollte, die Akten über diesen Fall zu schließen, der sieht sich bitter enttäuscht: nun ist eine andere der vielen Universitätsbehörden das Hindernis, das der Verwirklichung des neuen Testierungsverfahrens entgegensteht. Die Universitätskasse hat auf Grund des ersten Anschlages ihr Arbeitstempo anscheinend so stark herabgesetzt, daß die überwiegende Mehrzahl unserer Kommilitonen ihr Studienbuch erst in den allerletzten Wochen des Semesters zurückerhalten kann, womit der edle Zweck des neuen Verfahrens wieder ernsthaft in Frage gestellt wird. Diesmal ohne die Möglichkeit, den Fehler durch einfachen Anschlag zu beheben. Zu hoffen bleibt, daß wenigstens im nächsten Semester alles klappt; aber nötig wäre diese Komplikation nicht gewesen.

Jürgen Gleiß

VARTA
FÜR DEN KRAFTFAHRER



PERTRIX
FÜR DEN RADFAHRER

Sonderangebot für Studierende!

Führerschein Klasse III
(Pkw, Lkw und Motorrad).

Preis nach Probefahrt unter Anrechnung Ihrer Vorkenntnisse.
Teilzahlung.

Ausbildung: Fahrunterricht etwa 10–12 Fahrstunden (14 Tage bis 4 Wochen) in Ffm., in Ihrer Freizeit.

Tragen Sie sich unverbindlich in die im AstA-Zimmer ausliegende Liste ein oder rufen Sie 3 26 40 an.

Fahrschule H. SCHAFERS, Frankfurt a. M.

Luisse Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131
(nächst der Universität) Fernruf 7 55 89



Ihre Studienbücher

erhalten Sie bei

PETER NAACHER

Buchhandlung und Antiquariat für Universitätswissenschaften
Frankfurt/M., Schweizerstr. 57 u. Bockenb. Landstr. 133
In den neuen Geschäftsräumen Ruf: 6 20 62

Aus der Auslandsarbeit des AstA

Neben einem reichhaltigen Reiseprogramm in das Ausland bietet das Auslandsreferat im AstA allen Studierenden, die nicht im Rahmen eines Programms oder einer Vereinigung das Ausland besuchen wollen, Einsicht in sämtliche Reiseprogramme anderer Universitäten sowie Hilfe in Visa- und Devisenangelegenheiten, Verzeichnisse von ausländischen Jugendherbergen, Tagungsprogramme der Europa-Union, Teilnehmerlisten für Arbeitslager in England, der Schweiz und Jugoslawien sowie für Segelkurse liegen in Zimmer 37 aus und können in den Sprechstunden (Mo. 10 bis 11, Fr. 9 bis 10) eingesehen werden. Neben einer geplanten Oxfordreise wird die Gelegenheit zu einer sehr billigen Italienfahrt und der Teilnahme an einem Arbeitslager in Finnland geboten.

Neben der Teilnahme an Auslandskursen besteht für alle Kommilitonen, die in Berlin beheimatet sind, die Möglichkeit, sich beim Auslandsreferat in die Listen für die verbilligten Charterflugzeuge nach Berlin einzutragen. Der Preis dieser Flüge liegt nur unwesentlich über dem Eisenbahnfahrpreis 3. Klasse und beträgt ab Hannover für Hin- und Rückflug 72 DM. Alle Kommilitonen, die an dieser günstigen Flugmöglichkeit interessiert sind, werden gebeten, die Termine beim AstA zu erfragen und sich in die ausliegenden Listen einzutragen.

Für alle diejenigen, die gern Kontakt mit ausländischen Studenten aufnehmen möchten, bietet sich ein weites Betätigungsfeld in der Betreuungsarbeit, die vom AstA durchgeführt wird. Einzelheiten sind während der Sprechstunden bei der Auslandsreferentin in Zimmer 37 zu erfragen.

Frankreichvisa gebührenfrei

Das Auslandsreferat im AstA teilt mit, daß ab sofort für Studenten unter 25 Jahren die Visa für Frankreichfahrten, sofern es sich nicht um Geschäftsreisen handelt, gebührenfrei erteilt werden.

*

30 Schwedinnen weilten am 17. Juni — aus Rom kommend — in Frankfurt und wurden vom Auslandsreferat des AstA betreut.

Richtigstellung

Daß die Stadt Frankfurt nur einen verhältnismäßig geringen Beitrag zu den Kosten der Universität leiste, wurde irrtümlich in einer Meldung unserer letzten Nummer behauptet. — In Wirklichkeit trägt die Stadt auf Grund eines Vertrages von 1924 die Hälfte vom Defizit des Universitäts-Haushalts. Die andere Hälfte des Defizits übernimmt das Land Hessen. Ferner gab die Stadt aus ihrem Grundeigentum den Platz für sämtliche Neubauten der Universität, sie leistet Zuschüsse für die rechtlich selbständigen Universitätsinstitute und beteiligt sich an den Kosten für den Wiederaufbau des Universitätsgebäudes sowie an der Schaffung von Wohnraum für die Dozenten.

Les jeux sont faits, meint die DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG in einem Artikel über den deutschen Verteidigungsbeitrag und fährt an anderer Stelle fort: „Er ist peinlicher Hohn auf die Idee von Europa, der einzigen Idee, die seit 1945 die Herzen erschütterte.“

Angesichts einer solchen Haltung können allerdings auch wir nur erschüttert sein. Wenn der Verfasser des Artikels im Zusammenhang mit den Folgen der Unterzeichnung des EVG-Vertrages für die siebzehn Millionen Bewohner der Sowjetzone sagt: „Europa ist nicht dort, wo irgendwelche Organisationen sind, die sich europäisch nennen, Europa ist dort, wo Europäer für Europäer verantwortlich handeln“, so ist das nur ein trauriges Zeichen dafür, daß er sich bisher mit der schweren und ernsthaften Arbeit jener Organisationen, die er mit dem Wort „irgendwelche“ zu kennzeichnen beliebt, recht wenig befaßt hat. Wir gestehen jedem das Recht zu, ein „klares Nein“ zum EVG-Vertrag zu sagen. Aber wir glauben, daß es nicht im Sinne der deutschen Studentenschaft ist, wenn in einer deutschen Universitätszeitung von denjenigen, die meinen, die Demokratie zu verteidigen zu müssen, als von „Demokraten und Totalitären aller Richtungen“ gesprochen wird...

Unter dem Titel „Verzicht auf überholte Formen“ kommentiert die Tübinger AULA den Zusammenschluß einiger nicht schlagender Korporationen zur „Gemeinschaft Deutscher Hochschulverbindungen“. Seine wesentlichsten Aufgaben sieht der Verband in der Erziehung seiner Mitglieder zu politisch und sozial verantwortungsbewußten Menschen, zur Toleranz und zur Mithilfe bei der Überbrückung der Gegensätze in unserem Volke. Mit der Gründung des Verbandes distanzieren sich seine Mitglieder eindeutig von den Mensurenkandalen der letzten Zeit und von gewissen „restaurativen Tendenzen“ einiger Mensurbeflissener. Uns erscheint das nur erfreulich. Und wo kein Säbel ist, findet sich manchmal sogar ein Weg...

Die AULA berichtet über eine Tagung der südwestdeutschen AstA-Vertreter in Königfeld im Schwarzwald. Das Hauptthema der Konferenz war die mangelnde Solidarität der Studentenschaft, das Desinteresse an der studentischen Selbstverwaltung und die Möglichkeiten zur Besserung des augenblicklichen Zustandes. Sogar praktische Vorschläge wurden gemacht, über deren Charakter der Artikel aber leider nichts aussagt. Wir können das nur aufrichtig bedauern. Denn auch wir haben eine studentische Selbstverwaltung, die für ein paar Tips sicher dankbar wäre...

„Holländisches Mosaik“ heißt der Reisebericht in der DEUTSCHEN STUDENTENZEITUNG, in dem Willi Damberg über die Holländer plaudert. Er tut es gekonnt und mit eingestreuten kleinen Bosheiten, wenn er auch nicht immer der Gefahr der Verallgemeinerung entgehen kann, die bei derartigen Streiflichtern naheliegt. Aber er versteht

es, mit wenigen Worten das holländische Milieu zu charakterisieren (und die holländischen Studentinnen. Stichwort: Gefrorener Sekt!). Neben kleinen Bissigkeiten wie: „Ich liebe die Holländer, aber das Schicksal möge mich vor der Versuchung bewahren, mit ihnen handeln zu wollen!“ entwirft er mit knappen Worten und guter Beobachtungsgabe ein ausgezeichnetes Bild der innerpolitischen Probleme des Landes. Ein studentisches Feuilleton, das uns gefallen hat.

„Wenn mit unserer Demokratie einmal ein Unglück geschieht, so wird man nicht den Feinden die Schuld geben, die sie zerstören wollen, sondern den Demokraten, die sie nicht geschützt haben!“ schließt der in der letzten Nummer des Berliner COLLOQUIUM erschienene Artikel „Haben wir einen Selbstmörderstaat?“ Um diesen Gedanken herum gruppiert der Verfasser seine und die Ansichten anderer über das Problem der gefährlichen Minderheit im demokratischen Staat. Ein grundsätzlicher Artikel, der sich mit brennenden Fragen der Demokratie überhaupt befaßt. Wie soll man sich gegenüber einer „heute als schädlich erkannten Minderheit“ (Fall Remer) verhalten, „wird man ihr das grundsätzlich allen zugebilligte Recht der Anteilnahme an der Demokratie weiter vorenthalten können, um sie zu hindern, daß sie dann ihrerseits die Minderheit unterdrückt?“ Oder trägt die Demokratie den Todeskeim schon in sich, kann sie an sich selbst zugrundegehen?

Es sind keine neuen Fragen, die da angeschnitten werden. Aber doch Fragen, die — wenn sie der Verfasser auch ein wenig zu sehr aus der deutschen Situation heraus betrachtet — wert sind, immer wieder gestellt zu werden. Denn nur durch ständige Auseinandersetzung mit ihren Prinzipien kann eine Demokratie geschaffen werden, die Dinge verhindert, „die es nie wieder geben darf“.

Von „Politischen Umgangsformen“ berichtet die FREIBURGER STUDENTENZEITUNG in ihrem Leitartikel. Nun, die Freiburger haben ihre Erfahrungen mit „demokratischen Gepflogenheiten“ und müssen es wissen. Aber man muß es ihnen lassen, sie haben aus den Fehlern — und nicht nur aus den eigenen — gelernt und bleiben bei aller scharfen Polemik angenehm sachlich. Dr. Schumacher muß sich von ihnen allerlei sagen lassen, was sein politisches Taktgefühl anbetrifft, aber trotz mancher deutlichen Worte über „unsachliche Verallgemeinerungssucht“ und „zum Prinzip erhobener Humorlosigkeit“ bleibt die Kritik doch immer konstruktiv. Wir freuen uns, daß eine Studentenzeitung einem der führenden Politiker unseres Landes einmal zeigt, daß man auch angreifen kann, ohne verletzend zu werden. Daß es ausgerechnet die Freiburger sind, deren „undemokratische Haltung“ vor einiger Zeit soviel Staub aufgewirbelt hat, sollte doch einigen Leuten zu denken geben...

b-t

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Frankfurter Hefte, Heft 6, Juni 1952

Rudolf Schlichter weist in seinem Artikel „Ateliers im elfenbeinernen Turm“ auf die fatale Situation des modernen Malers hin: er muß erkennen, daß fast alles, was früher von den bildenden Künsten festgehalten wurde, heute von Photographie und Film aufgenommen wird; er muß also die Aufgaben zu finden trachten, die auch heute noch der Malerei vorbehalten sind — „neue Legenden und neue symbolische Gestalten zu schaffen“.

Die Gegenwart vom 7. Juni 1952

„Niemand kann lächerlich gemacht werden, der es nicht will.“ Mit diesen Worten schließt ein Artikel über die „Furcht vor dem Witz“, in dem der Verfasser warnt, sich durch den Humor in ein Lager der „Eingeschnappten“ und eines der „Unfehlbaren“ spalten zu lassen. Wenn auch der Witz kein Freibrief sei, so könnte doch gerade er die tausend Fehler und Torheiten aufzeigen und so zu bessern helfen. — Rudolf Krämer-Badoni setzt sich mit dem Thema „evangelische Kirche und Politik seit 1945“ unter dem Titel „zwischen Apokalypse und Römerbrief“ auseinander. Bedeutsame Stufen in der Entwicklung der evangelischen Kirche nach dem Zusammenbruch sind das „Schuldbekenntnis“ vom Oktober 1945, die politischen Aktionen Niemöllers, die Haltung Dibelius', vor allem aber die Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche selbst. Der Verfasser kommt zu dem Schluß: „Mit einem Wort könnte

man sagen: die heutige evangelische Kirche steht mit einigen wenigen, publizistisch aber sehr begabten Köpfen auf der Seite von Apokalypse 13, mit der großen Mehrheit aber, die nicht laut agitiert, auf der Seite von Römer 13“.

Finanzwissenschaftler finden in der Zeitschrift zwei für sie — und nicht nur für sie — aufschlußreiche Artikel, in denen einerseits zur Frage der Wiedergutmachung an Israel — unter der Überschrift „Aufbringen und transferieren“ — über Möglichkeiten zum Bereitstellen der erforderlichen finanziellen Mittel und andererseits — „Lebensversicherung und Geldwertschwankungen“ von Ludwig Arps — zu dem von der Karlsruher Lebensversicherung AG. vorge schlagenen Index-Gewinnplan Stellung genommen wird. —

Ost-Europa Heft 2, April 1952

Georg M. Werner schrieb unter dem Titel „Die Ostwanderung der Sowjetindustrie“ seine Beobachtungen über die Bestrebungen, den Schwerpunkt des russischen Wirtschaftspotentials mehr und mehr nach Osten zu verlagern, nieder. Von diesen Umwälzungen sei vor allem die Rüstungsindustrie betroffen. Zahlenmaterial trägt zur Veranschaulichung bei. — „Die polnische Wissenschaft im Sog Moskaus“ nennt Herbert Ludat seinen Artikel, der die immer weitere Kreise ziehende Beeinflussung des polnischen Geisteslebens von den Interessen Moskaus nachweist. Wenn auch bis zum Jahre 1949 die „Wissenschaft in Polen von dem politischen Kurs und den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verände-

rungen innerhalb der Volksdemokratie im wesentlichen unberührt geblieben“ ist, so habe mit dem ersten Kongreß der polnischen Wissenschaft (29. Juni bis 3. Juli 1951 in Warschau) eine entscheidende Änderung begonnen. Über diesen Kongreß berichtet der Verfasser. —

Der Monat Heft 45, Juni 1952

Eine der „großen Leitideen unserer Zeit“ sei „Europa“, so sagt Wilhelm Röpké in seinem Beitrag „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“. Er versucht zu zeigen, welches der richtige Weg zur Erreichung eines „Europa“ sei, das letztlich in einer „atlantischen Union“ aufgehen müsse. Eine tiefgreifende Untersuchung über die Voraussetzungen auf die einzuschlagenden Wege zur Verwirklichung eines heute für unsere Existenz notwendigen Planes! — „Als Rußland noch ‚kosmopolitisch‘ war“, so ist ein Abriß von Wladimir Weidlé benannt, der skizzenhaft den Weg der russischen Kunst vom 18. Jahrhundert bis zu dem radikalen Einschnitt zeigt, den die Revolution mit sich brachte. — Das letzte Interview mit Außenminister Maxim Litwinow, sein „politisches Testament“ wird von Richard C. Hottelet in vollem Wortlaut wiedergegeben, das im „Reader's Digest“ nur in einer Kurzfassung erschienen war. — Schließlich gibt Herbert Lüthy einen fesselnden Reisebericht über Nordafrika, der nicht nur landschaftliche Idylle, amüsante Episoden, sondern auch die spanischen Versuche politischer Einflußnahme und die wirtschaftliche Situation des Landes betrachtet. — Nicht zu vergessen sind die „Gedanken über René Schickele“, den Hermann Kesten „Grenzler und Europäer“ nennt. — Ursula Kneer



RHEIN-MAIN BANK

früher
DRESDNER BANK

Hauptverwaltung: Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

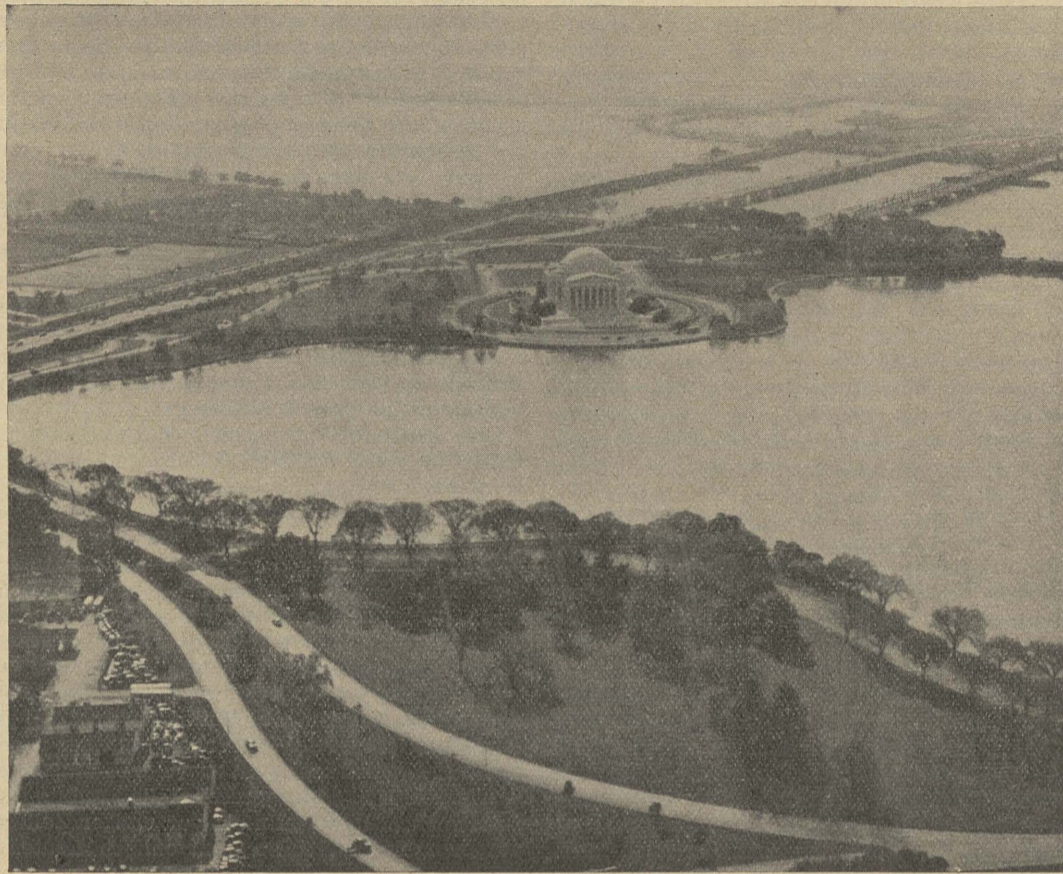
Aussenhandelsbank



Als Studentin in USA

26 000 Studenten in Ohio State University

Seit Ende September bin ich an der Ohio State University in Columbus. Meine Unterbringung ist außerordentlich nett. Ich lebe mit 15 Kommilitoninnen zusammen im internationalen Studentenheim Zonta House. Außer sechs Amerikanerinnen haben wir Studentinnen aus Japan, Siam, Libanon, Brasilien, Kanada, Hawaii, Frankreich, Österreich, Finnland und Deutschland, von wo ich die einzige bin. Es ist für mich ein wunderschönes Erlebnis, zu erfahren, wie prächtig man sich mit Menschen ganz anderer Nationalität und Rasse verstehen kann und wie gleich sich die Probleme sind, die alle bewegen.



Das Universitätsleben unterscheidet sich von dem in Deutschland wesentlich. Der Vorlesungsbetrieb verläuft viel „schulmäßiger“ als bei uns, mit Anwesenheitskontrolle, Hausaufgaben und laufenden Prüfungen. Aber vielleicht ist es hier ganz gut, ein wenig zur Arbeit „ermuntert“ zu werden, denn es gibt viel Ablenkung auf dem Campus. Das gesellige Leben unter der Studentenschaft spielt eine große Rolle und wird als wesentlicher Faktor in der Erziehung der jungen Amerikaner angesehen. Sportveranstaltungen, Tanzabende, Picknicks, Vorträge, Diskussionen, „clubs“ und „meetings“ der verschiedensten Art wechseln einander ab. Daß Ohio State University das beste „football team“ und die beste „band“ aller Universitäten in den USA hat, erfüllt Professoren und Studenten mit Stolz. Zu den Fußballspielen am Sonnabendmittag strömen 80 000 und mehr Menschen, und es ist schon aufregend, eine solche Veranstaltung zu erleben. Ich verstehe nicht viel vom Fußball, aber hier ist es unmöglich, nicht zum Spiel zu kommen. Für mich sind die begeisterten, klatschenden, rufenden, aufspringenden oder auch pfeifenden und johlenden Zuschauer viel interessanter als das Spiel selbst.

Ohio State University beherbergt etwa 26 000 Studenten; es ist eine kleine Stadt für sich mit einer Radiostation, einem Flughafen, einem Postamt, Krankenhäusern, landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und Farmen, Atomforschungsinstituten und vielem anderen mehr. „The Lantern“, die täglich erscheinende Studentenzeitung, verbreitet alle Campus-Nachrichten. Man fällt als Ausländer in Ohio State University nicht auf. Hier sind wohl etwa 300 ausländische Studenten, viele davon aus dem Fernen Osten. Als „international student“ wird man überall freundlich und gastlich aufgenommen und vielfach gebeten, über sein Land zu erzählen. Ich finde meist ein recht reges Interesse für Deutschland und seine Probleme und werde über die verschiedensten Dinge gefragt. Man scheint aber — von

der amerikanischen Perspektive aus — selten Deutschland für sich zu betrachten; man spricht von Europa oder den „European countries“, und Deutschland ist eines unter vielen. Den meisten Amerikanern erscheint Europa relativ klein, sie wundern sich, daß man dort so viele Grenzen und Sprachen hat, daß man als Reisender dauernd sein Geld wechseln muß und ein neues Visum benötigt, wenn man doch nur einige hundert Meilen im Auto gefahren ist. Die Amerikaner sind an große Entfernungen gewöhnt und rechnen in anderen Maßstäben. Ohne ihren Wagen fühlen sich die meisten daher hier völlig hilflos. Viele sind ge-

wohnt, auch die kleinsten Strecken im Auto zurückzulegen. Ich habe verschiedentlich versucht, eine amerikanische Kommilitonin zu einem etwas längeren Spaziergang zu überreden und erntete damit nur ein ungläubiges, halb mitleidiges Lächeln.

Im Vergleich zu den europäischen Völkern erscheint mir das amerikanische als ein sehr junges Volk. Es hat nicht

unsere Tradition, die wir mit Recht lieben. Kann sie nicht aber bisweilen überbetont und dadurch zur Last und Behinderung werden?

(Nachdruck mit freundlicher Erlaubnis des „Esso-Magazin“)

Genormte Juristen

Ein radikaler Vorschlag zur Studienreform

Daß ein studium generale die Ideallösung der Universitätsausbildung wäre, ist eine heute weit verbreitete Meinung; über die Wege, die zu diesem Ziel eingeschlagen werden sollen, bestehen allerdings noch lebhaftere Meinungsverschiedenheiten.

Hier weiterzuhelfen, ist der Wunsch Prof. Dr. Husserls, der kürzlich konkrete Vorschläge zur Erneuerung der rechtswissenschaftlichen Ausbildung machte. Er will das juristische Universitätsstudium in drei Abschnitte geteilt sehen, von denen die beiden ersten obligatorisch sind; für die Zulassung zum Referendarexamen ist also die erfolgreiche Absolvierung dieser beiden Abschnitte erforderlich. Der dritte Abschnitt des Studiums gilt einer „wissenschaftlichen Weiterbildung“, der Spezialisierung auf ein bestimmtes Rechtsgebiet, und fällt in die Zeit nach dem ersten Staatsexamen.

Der erste einjährige Studienabschnitt ist praktisch ein studium generale, dargestellt unter der Perspektive „das soziale Weltbild der Gegenwart“; alle Vorlesungen sind „Pflichtvorlesungen, die in einer bestimmten Reihenfolge gehört werden sollen“ und Grundfragen der Soziologie, der Philosophie, der Wirtschafts- und politischen Wissenschaften behandeln.

Ohne eine Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an diesem Kurs wird kein Student zum zweiten Abschnitt des Studiums zugelassen, der fünf Semester umfaßt. Auch in dieser Zeit hat der Student einen exakt ausgearbeiteten Vorlesungsplan — es gibt bis auf eine Ausnahme nur Pflichtvorlesungen! — einzuhalten. Mehr als fünfzehn juristische Wochenstunden darf — nach dem Vorschlag Husserls — kein Student hören, dagegen steht ihm freie Vorlesungen aus anderen Fakultäten zu belegen. Der dritte Abschnitt schließlich ist nur für solche Studenten gedacht, die sich entweder auf ein bestimmtes Gebiet — sei es das Patentrecht, das Völkerrecht oder ein anderes — spezialisieren oder der rechtswissenschaftlichen Forschung widmen wollen. Der Unterricht soll sich allgemein in der Form von Seminaren vollziehen. — Soweit der Grundgedanke der Vorschläge Husserls.

Wir müssen zugestehen, daß der Plan eine radikale Änderung des bisherigen Jurastudiums bedeuten würde, ob sie aber von Vorteil gegenüber der jetzigen Ausbildung ist, scheint uns zweifelhaft. Sie hebt nämlich ein Grundprinzip der Universität völlig auf: die libertas academica, das Prinzip, das ihren Bürgern das Recht gibt, die Form ihrer Ausbildung zu wählen. Es ist allerdings zu beobachten, daß sich im Laufe der Zeit ein bestimmter Studiengang als besonders vorteilhaft erwiesen hat und auch von der Mehrzahl der Studenten eingehalten wird. Aus dieser Erfahrung darf aber keinesfalls der Fehlschluß getat-

VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

AN UNSERE MITGLIEDER

Arbeitsplätze für Studenten

Die Juni-Nummer der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“ ist erst in diesen Tagen in die Hände unserer Mitglieder gelangt. Unsere Mitglieder werden deshalb zum Teil noch keine Gelegenheit gefunden haben, unseren auf der letzten Seite dieser Nummer veröffentlichten Artikel über „Die Stellung der Vereinigung von Freunden zur Universität“ zu lesen. Sie werden daraus aber den Eindruck gewinnen, daß auch wir nach Kräften bemüht sind, die Lage unserer Studenten auf allen Gebieten zu heben und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern.

Wenn wir in unserem obigen Artikel von der „Gebefreudigkeit“ sprachen, die sich inbarer Münze — in unserem fortgeschrittenen Zeitalter natürlich auch bargeldlos — ausdrücken läßt, so möchten wir heute insbesondere unsere Firmenmitglieder darum bitten, unseren Studentinnen und Studenten auch ein weiteres zu geben oder zu vermitteln — nämlich

einen Arbeitsplatz für die Zeit der Semesterferien von Anfang August bis Ende Oktober 1952.

Wir haben schon oft die wohlthuende Beobachtung machen können, daß die Studierenden aller Fakultäten, denen ein solche Arbeitsmöglichkeit geboten wird, sich mit ganzem Herzen ihrer neuen Arbeit widmen, nicht etwa, um den Betrieb auf lange Sicht eine dauernde Arbeitskraft zu ersetzen, sondern weil sie gerade dieser zeitweiligen praktischen Ergänzung ihres Studiums bedürfen, um mit frischem Mut wieder in das wissenschaftliche Leben des neuen Semesters hineinzugehen.

Wir bitten daher nochmals, den Studierenden diese für sie wertvolle Zwischenbeschäftigung zu ermöglichen.

Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.

Fachbücher aller Gebiete

Universitätsbuchhandlung
BLAZEK & BERGMANN

(Dr. H. Bergmann)

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 93633

PhotoRahn

PHOTO - KINO

FRANKFURT a. M. · Kaiserstraße 55 · Telefon: 3 23 23 u. 3 28 38
Erstklassige Photoarbeiten



ERICH KAHLER

Die Verantwortung des Geistes

Gesammelte Aufsätze

301 Seiten. Leinen DM 16,-

Inhalt: Über die Einheit des Menschen · Ordnung · Was soll werden? · Ursprung und Wandlung des Judenhasses · Das Problem Deutschland · Die Verantwortung des Geistes · Richard Beer-Hofmann · Säkularisierung des Teufels · Karl Wolfskehl · Was ist ein Gedicht? · Das Fortleben des Mythos · Die Wirklichkeit der Utopie · Das Schicksal der Demokratie · Der Verfall des Wertens.

S. FISCHER VERLAG

Die Buchhandlung

für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993 · Gegründet 1868

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

werden, daß die Studentenschaft deshalb einen nur aus Pflichtvorlesungen bestehenden „Stundenplan“ akzeptieren würde, der keine Möglichkeit zu einem anderen Aufbau des Studiums zuläßt, und daß ihr dies einen wirklichen Vorteil brächte. Gerade hier liegt ja — vom Studenten aus gesehen — der entscheidende Unterschied zwischen Schule und Universität.

Und noch eins: wenn auch mit dieser Reform dem Repetitoren-Unwesen zunächst Einhalt geboten werden könnte, so ist doch evident, daß das „Paukertum“ — dort untergraben — innerhalb der Universität selbst wieder auftauchen würde. Da dem Dozenten die Möglichkeit offensteht, einem Studenten das Abstatut zu verweigern — es gewinnt an Bedeutung, da Bescheinigungen über die Teilnahme an allen vorgeschriebenen Vorlesungen für die Zulassung zum Examen notwendig sind —, ist der Studierende gezwungen, sich sehr intensiv mit dem in den Vorlesungen behandelten Stoff zu befassen, während er nach dem gegenwärtigen Studiensystem die Freiheit hat, sich mit den Gebieten ausgiebiger zu beschäftigen, die ihn fesseln, selbst auf die Gefahr hin, daß er Rechtsgebiete, die in seinem Semester eigentlich bearbeitet werden sollten, zurückstellen muß. Gerade Studenten, die frei von allem Zwang ihre Studien betreiben können, für die Vorlesungen die Anregung zu selbständiger Arbeit sind, leisten oft Hervorragendes für die Wissenschaft.

Husserl geht in seinen Vorschlägen noch weiter. Er unterbreitet einen Plan über die Ausgestaltung der ein-

zelnen Vorlesungen. So ist er der Ansicht, daß in allen Vorlesungen sogenannte „class-materials“, eine Art „Rechtsliteratur für Lehrzwecke“, verwandt werden sollten, die jedem Studenten zur Verfügung stehen. Diese Literatur müßte aber — nach seinen eigenen Worten — für Deutschland erst geschaffen werden! Solche „class-materials“ sind — nach Husserl — keine Lehrbücher, wie wir sie kennen. „Im Gegensatz zum Lehrbuch, in dem der Autor spricht und das Recht interpretiert, wie er es versteht, enthalten die ‚class-materials‘ in systematischer Gliederung das originalere Quellenmaterial, zu dem nach Bedarf einführende Worte und Erläuterungen des Verfassers hinzutreten“, so definiert er diese Literatur.

Um noch einmal auf die oben erwähnte Ausnahme im Rahmen der Pflichtvorlesungen zurückzukommen, sei erwähnt, daß Husserl im vierten Semester — im zweiten Abschnitte seiner Ausbildungsordnung — die einzige Wahlvorlesung im „juristischen Studienplan“ aufführt: es handelt sich hierbei um die Vorlesung „gewerblicher Rechtsschutz“, die evtl. durch eine Vorlesung über Wirtschaftsrecht, Jugendrecht, Kirchenrecht oder Privatversicherungen ersetzt werden kann; aber selbst diese Wahl bedarf der Genehmigung des Dekans!

Diese Beispiele lassen erkennen, daß eine so geartete Reform schwerlich im Sinn unserer Universität sein kann. Die Notwendigkeit einer Neugestaltung mag bestehen, ihre Form muß aber nach allen Seiten hin abgewogen sein.

Ursula Kneer

Hochschulmeisterschaften in Balingen

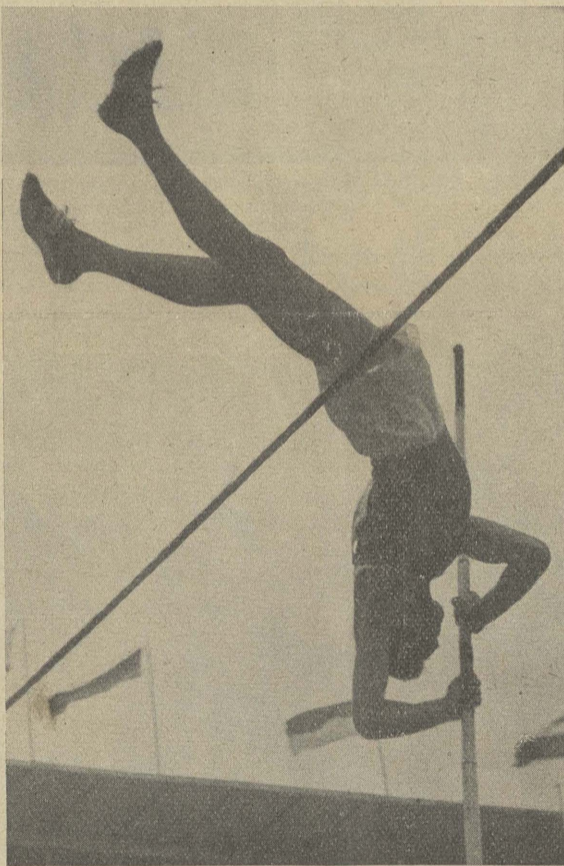
Frankfurt stolperte über Institutsschulden — Gleim hielt den Titel

Das Ganze war eine wenig ruhmvolle Angelegenheit mit blamabler Vorgeschichte. Noch zwei Tage vor Beginn der Deutschen Hochschulmeisterschaften in der Leichtathletik stand es nicht fest, ob die Frankfurter Studenten in Balingen an den Start gehen durften. Es hieß, die Uni Frankfurt sei zum Wettkampf nicht zugelassen, weil das Sportreferat beim ADH (Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband) mit 900 DM verschuldet sei.

ADH-Präsident Vorhammer: „Kann meine Angestellten nicht mehr bezahlen. Wenn nicht mindestens zwei Drittel der Schulden beglichen werden, bleibt Frankfurt gesperrt.“ — Sportreferent Jänisch bedauerte (hatte das Referat zu Beginn des Semesters bereits mit erheblichen Schulden übernommen). Institutsdirektor Prof. Altmann bedauerte ebenfalls (meinte, ADH-Beiträge seien ungerechtfertigt hoch). — Die Sportler Wittekindt, Theilmann, Gleim, Naumann und Lamprecht waren sich keiner Schulden bewußt. „Man will uns vom Start fernhalten, weil das Sportreferat...?“ „Das verstehe, wer will! — Hin und her. Her und hin. „Fahren wir? Fahren wir nicht?“ Günther Theilmann, zunächst der am meisten Drängende, resignierte als erster: „Kann nicht alle fünf Minuten umdisponieren.“ Donnerstagnachmittag überraschende Nachricht: Schulden bezahlt. Titelaspiranten können fahren! Was nun? Wann beginnen eigentlich die Meisterschaften? Samstagvor- oder -nachmittag? Referent Jänisch hat weder Programm noch Zeitplan zugeschickt bekommen. Der ADH hatte es für überflüssig gehalten. Jemand meint: Samstagnachmittag. — Also braust Hochspringer Naumann mit Weitspringer Gleim und Sprinter Lamprecht im Ford Taunus am Samstagfrüh ab in Richtung Balingen. Wittekindt wollte bereits Freitagabend mit den Marburgern auf die Reise gehen. Theilmann lehnte ab und ließ seine Kollegen von der 4×100-m-Staffel im Stich. Als Samstagnachmittag der Ford Taunus mit drei Frankfurter Studenten im Balingen Stadion eintraf, war es zu spät! Die Wettkämpfe hatten bereits am Vormittag begonnen. ADH-Leichtathletikchef Finkenauer konnte nicht helfen. Wittekindt, der rechtzeitig mit den Marburgern eingetroffen war, protestierte: „Warum hat Frankfurt keine Ausschreibung mit Zeitplan erhalten? „Weil ihr noch bis vor zwei Tagen gesperrt gewesen seid!“ — Finis! — Bernd Naumann, in diesem Jahre bester deutscher Hochspringer, mußte von der Tribüne aus zusehen, wie die Hochsprungentscheidung ohne ihn ausgetragen wurde. 1,82 m erreichte der Sieger Massion, von der TH Aachen. Naumann übersprang anschließend, einigen Pressephotographen zuliebe, mehrmals müheles etwa 1,90 m. 400-m-Läufer Lamprecht war ebenfalls mattgesetzt, da die Vorkämpfe bereits am Vormittag entschieden waren. Gleim hatte Glück: Seine Sprungkonkurrenzen begannen erst am Nachmittag. Wittekindts 100-m-Vorlauf erst am Sonntagfrüh.

Beide schlugen sich dann auch recht wacker. Fritz Gleim holte den einzigen Hochschul-

meistertitel für unsere Uni, indem er den Weitsprung mit guten 6,95 m gewann, während „Kullo“ Wittekindt im 100-m-Lauf seinen Sieg vom Vorjahre nicht wiederholen konnte und mit mäßigen 11,2 sek (1951 gewann er in 10,7) von dem in Heidelberg studierenden Amerikaner Dave Tinnin (11,1 sek) knapp geschlagen wurde.



Manfred Oertel (TH Karlsruhe) erzielte mit seinem Stabhochsprung von 4 m die beste Leistung der diesjährigen DHM.

In der 4×100-m-Staffel jagte an Stelle von Theilmann der völlig unvorbereitete Naumann in riesigen Sätzen durch die Kurve, wobei er sich eine leichte Muskelzerrung zuzog, so daß die Frankfurter, obwohl sie ihren Vorlauf müheles gewonnen hatten, zum Endlauf nicht antreten konnten. So gewann Uni Heidelberg in 43,3 sek (1951 holte sich Frankfurt den Titel in 42,8 sek).

Die letzte Chance war vergeben!

„Was die Hochschulmeisterschaften 1953 betrifft“, meinte Fritz Gleim zum Schluß, „so werden wir am besten schon

zu Weihnachten im Institut für Leibesübungen nachfragen, ob das Sportreferat beim ADH noch Schulden hat!“

Hier die Deutschen Hochschulmeister 1952:

Studenten:

100 m: Tinnin (Uni Heidelberg) 11,1 sek; 200 m: Tinnin 22,2 sek; 400 m: G. Steines (Uni Mainz) 49,3 sek; 800 m: Viebahn (Uni Göttingen) 1:52,5 min!; 1500 m: Lawrenz (TU Berlin) 3:58,7 min; 5000 m: Kamps (Stuttgart) 15:27,4 min; 110 m Hürden: Caspar (TU Berlin) 15,5 sek; 400 m Hürden: Sallen (Uni Köln) 55 sek; Weitsprung: Gleim (Uni Frankfurt) 6,95 m!; Hochsprung: Massion (TH Aachen) 1,82 m; Stabhochsprung: Oertel (Karlsruhe) 4 m!; Dreisprung: Denk (Uni Bonn) 13,84 m; Kugelstoßen: Nord (Saarbrücken) 14,70 m; Diskuswerfen: Maier (Uni München) 42,78 m; Hammerwerfen: Kunz (TU Berlin) 43,04 m; Speerwerfen: Keller (Stuttgart) 62,63 m!; 4×100-m-Staffel: Uni Heidelberg 43,3 sek; 4×400-m-Staffel: Uni Köln 3:22,7 min; 3×1000-m-Staffel: TH Stuttgart 7:49,5 min; gemischter Zehnkampf: Brandes (TH Aachen); Fünfkampf: Svenson (Uni Kiel).

Studentinnen:

100 m: Thymm (Wilhelmshaven) 12,9 sek; 80 m Hürden: Erhardt (Uni Marburg) 12,2 sek; Weitsprung: Jores (Uni Bonn) 5,17 m; Hochsprung: Weymann (Uni Heidelberg) 1,50 m!; Kugelstoßen: Klos (Uni Marburg) 11,29 m; Diskuswerfen: Kluthe (Uni Köln) 38,21 m; Fünfkampf: Weymann (Uni Heidelberg) 3530 Punkte.

Deutscher Hochschulmeister im Faustball wurde die TH Aachen vor der Universität München, während im Handball die Universität Köln im Endspiel gegen die TH Darmstadt mit 10:7 erfolgreich blieb. Den Titel im Hockey gewann nach hartem Kampf die TU Berlin gegen die Universität München.

76. amerikanische Studentenmeisterschaften der Leichtathletik

Im Randall Island Stadion von New York trug der älteste Studentenverband, die Intercollegiate Association of Amateur Athletes of America, seine 76. Meisterschaften aus. Manhattan College brachte eine hervorragende Mannschaft heraus, die im Gesamtklassement überlegen war:

100 Yards: George (Kalifornien) 9,9 Sek., 220 Yards: Remigino (Manhattan) 21,9 Sek., 440 Yards: Maiocco (New York University) 47,9 Sek., 880 Yards: Spurrier (Kalifornien) 1:54,3 Min., 1 Meile: La Pierre (Georgetown) 4:12,4, 120 Yards Hürden: McCreary (Dartmouth) 14,5 Sek., Hochsprung: Webb (La Salle) 1,97 m, Stabhochsprung: Zimmermann (Pennsylvanien) 3,96 m, Kugelstoß: Gardiner (Cornell) 15,60 m, Diskuswerfen: Ellis (Lamayette) 47,19 m, Speerwerfen: Allison (Navy) 86,69 m, Hammerwerfen: Borjesohn (Manhattan) 55,21 m.

Am gleichen Tage (31. 5. 1952) kamen die Meisterschaften der „Big Ten“, das sind die zehn großen Universitäten des Mittelwestens, in Ann Arbor, Michigan, wo Jesse Owens vor 17 Jahren an einem Nachmittag drei Weltrekorde aufstellte, zum Austrag.

Ergebnisse: 100 Yards: Golliday 9,5 Sek., 220 Yards: Williams (Illinois) 21,7 Sek., 440 Yards: McSween (Illinois) 48,7 Sek., 880 Yards: Siders (Illin.) 1:51,2 Min., 1 Meile: J. Ross (Michigan) 4:10,7 Min., 120 Yards Hürden: McNulty (Illin.) 14,4 Sek., Weitsprung: Kurtz (North-West) 7,39 m, Stabhoch: Coleman (Illin.) 4,34 m, Hochsprung: Mead (Michigan) 1,98 m, Kugel: Nilson (Michigan) 16,46 m, Diskus: Holm (Minnesota) 84,73 m.



Jeder Einkauf kühl geborgen

SIEMENS-KÜHLSCHRÄNKE

sind durch alle Fachgeschäfte zu beziehen



Zentra-Molkerei Frankfurt/Main

ALLES für DICH

Die sozialen Einrichtungen der Universität Frankfurt

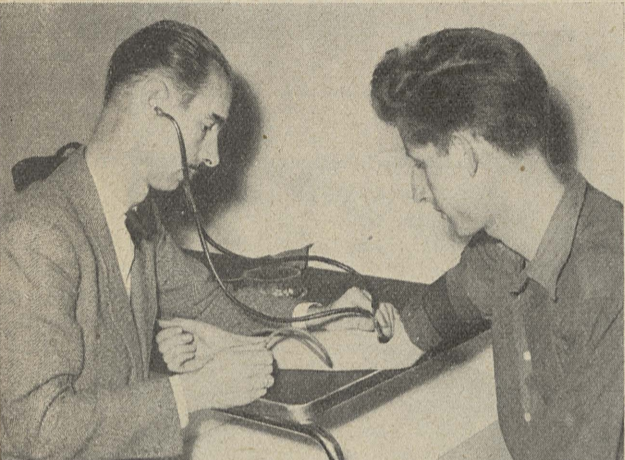
Bildbericht von S. W. Birn



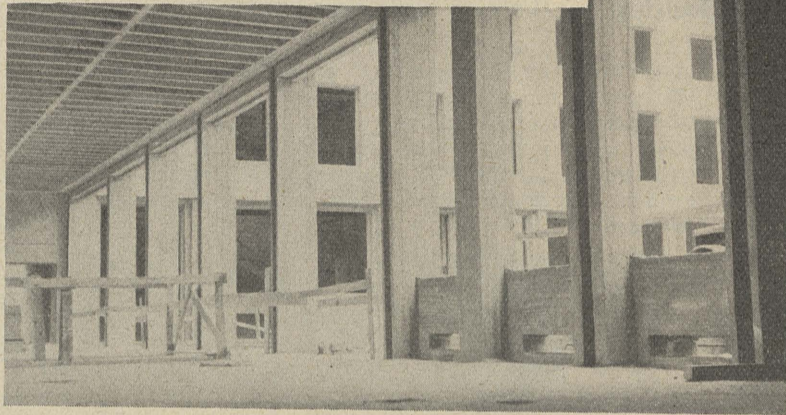
Mensa im Freien — mit Gartenstühlen und bunten Sonnenschirmen. Hier kann man sich — im Bereich der Mensa — bei schönem Wetter beinahe wohlfühlen. Fehlen nur noch die Liegestühle . . .



Männer haben keinen Zutritt zum Tagesheim. Studentinnen hoch oben im vierten Stock. Akademikerinnenbund hat die beiden blitzblanken Räume eingerichtet, unterstützt von der Uni und Frankfurter Firmen, die einen Teil der Einrichtung stifteten.



Kleine Fische behandelt der Vertrauensarzt Dr. Walter gleich persönlich (auf Zimmer 1). Beratung und Behandlung sind kostenfrei. Etwa 50 Studierende konsultieren ihn und seine Frau wöchentlich in den Sprechstunden (Di. und Do. ab 15 Uhr).



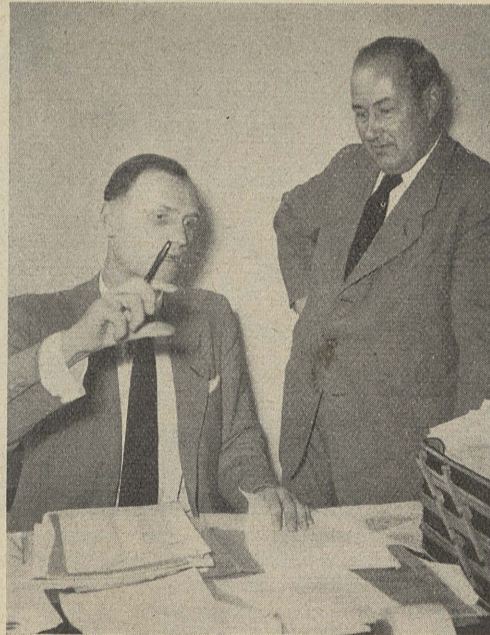
„Vorsicht bitte!“ 2000 Essen täglich jonglieren die Bedienungen durchs Gedränge. Zwischen 12 und 14 Uhr besonders schwierig, da überall die Studenten herumstehen und darauf warten, daß ein Sitzplatz frei wird. Hier kann nur die neue Mensa im Studentenhause Abhilfe schaffen.



Schulspeisung steht auch bei Studenten hoch im Kurs, weil sie billig ist. Für 10 Pfennig kommt mancher so zu einem Mittagessen. Daß man im Stehspeisen und Eßnapf und Löffel selber spülen muß, nimmt man dabei in Kauf.



„80 Mark Miete — können Sie das etwa bezahlen?“ Frau Blum, Leiterin des studentischen Wohnungsamtes, kann dazu nur lächeln. Dabei möchte sie heulen, weil sie zu wenig und durchweg zu teure Zimmer in ihrer Kartei hat. Wenn es nur hülfe . . . Einige Studenten wohnen im Bunker.



„So kleine Würstchen — das geht natürlich nicht!“ meint Dr. Stakelbeck, Geschäftsführer des Studentenwerkes. Er sorgt für seine Studenten, Zahlen beweisen es: Beihilfe 40 510 DM, Gebühren 56 402,50 DM, Freitische 11 742,50 DM, Darlehen (zinsfrei) 16 000 DM, Stipendien der Landeszentralbank 5700 DM, Stadtstipendien 400 DM, Heimkehrerhilfe 71 514,85 DM, Soforthilfe 297 220 DM. Alles in den beiden letzten Semestern, Summa 499 489,85 DM.



Auf Arbeit warten beim studentischen Schnelldienst täglich Dutzende. Sie machen alles, die studiosi et studiosae. Hauptsache Geld verdienen, um weiter studieren zu können. Der Schnelldienst hat schon vielen geholfen.

Was lange währt . . . Auch das Studentenhause — ganz besonders für dich erbaut — wird einmal fertig werden. Hoffentlich erleben wir es noch, sagen die vierten Semester.

